

Noch lieferbare Hefte von forum ds,

die beim Bund-Verlag, 5000 Köln, Deutz-Kalker-Str. 46 bestellt werden können.

forum ds – Heft 6

Inhalt:

Johano Strasser, Die grüne Herausforderung · Willy Bierter, Ökologische Beschäftigungspolitik · Helmut Baisch, Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in der BRD. Die Kritik an den Analysen des Sachverständigenrats durch den Arbeitskreis Politische Ökonomie · Walter Seuffert, Die Freiheit des öffentlichen Dienstes im Rechtsstaat · Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats? · Joachim Steffen, Gewerkschaften und soziale Bewegung · Jörg Jordan, Plädoyer für eine neue sozialistische Initiative: Kommunalpolitik · Hermann Schunder/Dieter Thie, Jugendzentrumsarbeit in der Kleinstadt. Ein Praxisbericht · Egon Matzner, Zu den wissenschaftlichen Grundlagen des neuen Parteiprogramms der SPÖ · Faruk Sen, Die türkischen Sozialdemokraten und ihr Konzept für den demokratischen Sozialismus · Horst Ehmke, Eine Neuformierung der europäischen Linken?

forum ds – Heft 7

Inhalt:

Heidemarie Wieczorek-Zeul, Europa – ein Thema für demokratische Sozialisten · ds-Forum Europawahl: Bettino Craxi (PSI), Gilles Martinet (PSF), In van den Heuvel (PvdA), Alfonso Guerra (PSOE), Sergio Segre (KPI), Manuel Azcarate (PCE) · Alfred Frei/Wolfgang Kessler, Die sozialistischen Parteien in West- und Südeuropa und die sozialistische Internationale · Karsten D. Voigt, Die Entwicklung einer Europakonzeption der Jungsozialisten · Zdeněk Mlynář, Leninistische Partei und pluralistische politische Demokratie · Arnold Künzli, Was passiert im Iran? oder: Zur Dialektik von Tradition und Revolution · Ingomar Hauchler, Sackgassen wachstumsorientierter Beschäftigungspolitik · Kreuzbesprechung: Thomas Meyer über Günther Nenning / Günther Nenning über Thomas Meyer · Dokumentation: Auszüge aus den Europapolitischen Thesen der Kommunistischen Partei Italiens (PCI)

Hartmut Elsenhans

Gesellschaftsreform und Wirtschaftswachstum Akkumulationsprobleme in der Bundesrepublik*

1. Zur Fragestellung

Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik ist in ihrem Kern darauf gerichtet, die Wiederbelebung der Konjunktur vor allem durch eine Verbesserung der derzeitigen Gewinnsituation der privaten Unternehmer zu erzielen, in der Erwartung, dadurch die investitionsentscheidenden Gewinnerwartungen der Unternehmer zugunsten eines neuen, Arbeitsplätze schaffenden Investitionsbooms zu verändern.

Wirtschaftstheoretische Grundlage einer solchen Politik ist der Neoliberalismus, der entsprechend dem Gesetz der Absatzwege davon ausgeht, daß Gewinne unabhängig von der Größe der Endverbrauchernachfrage zu Realanlagen (Say'sches Theorem) umgewandelt würden. Diese Ansicht liegt auch der Forderung der Verbände der Unternehmer nach höheren Gewinnen zugrunde.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, zu zeigen, daß eine solche Politik die Wachstumschancen der westdeutschen Wirtschaft verschlechtert und die Chancen auf schrittweise Reformen in der Bundesrepublik, die die ökonomische Situation eröffnet, auf politischer Ebene verspielt.

Dies gilt, auch wenn vorübergehend selbst eine Politik der Verminderung der privaten Nachfrage über den Ersatzbedarf an Investitionen wieder zu einem Anstieg der Konjunktur führt. Auch in einem solchen Fall kann »die dauerhafte Erhöhung der Investitionsgüternachfrage unter bestimmten, durchaus realistischen Bedingungen Umverteilungsprozesse (auslösen), die zu einem permanenten Rückgang der Konsumnachfrage (bzw. einem unzureichenden Anstieg, H. E.) führen, und der erst dann zum Stillstand kommt, wenn die Konsumgüternachfrage gerade um den Betrag gefallen ist, um den die Investitionsgüternachfrage zugenommen hat.« (Wenig 1976; 187)

Ein Versuch der Begründung von Reformchancen in der Krise stößt auf die Schwierigkeit, daß nicht unerhebliche Teile der Vertreter kritischer politökonomischer Theorieansätze durch ein Festhalten an der These eines »Ge-

setzes des tendenziellen Falls der Profitrate« indirekt die unternehmerfreundlichen Positionen stützen. Denn welche andere Schlußfolgerung wäre aus der Aussage zu ziehen, daß die zunehmende Kapitalintensität pro Arbeitsplatz als Indikator für eine zunehmende organische Zusammensetzung des Kapitals bei gleichbleibender Lohnquote die Profitrate senkt, als die Forderung, die Profitquote, oder marxistisch die Mehrwertrate, zu erhöhen.

Im folgenden wird ausgehend von keynesianischen Überlegungen der Versuch gemacht, sowohl die neoliberale wie die marxistische Krisenerklärung¹ in wichtigen Argumentationsketten zu widerlegen, um aufzuzeigen, daß die Krise nicht Folge eines durch die Höhe der Löhne bedingten Gewinnmangels war, daß deshalb eine Senkung der Löhne nicht aus der Krise herausführen kann, daß aber gleichzeitig eine bloße Erhöhung der Arbeitseinkommen auch kein taugliches Mittel ist, weil beim erreichten Stand der wirtschaftlichen Entwicklung und der Masseneinkommen Lohn- und Gehaltssteigerungen nicht mehr automatisch zu Nachfrage nach Konsumgütern gleicher Höhe führen. Hier zeigen sich dann Strukturprobleme, die ohne sozialpolitische Maßnahmen mit nur wirtschaftspolitischen Instrumenten nicht mehr bewältigt werden können.

Die privaten Haushalte zeigen über ihre Einkommensverwendung, daß das Problem des Ausgleichs zwischen Produktions- und Konsumtionskapazität angesichts einer wachsenden Sparneigung nicht mehr allein über die bisher dominanten Formen gewerkschaftlicher Aktionen, nämlich Tariflohnerhöhungen, gelöst werden kann, sondern daß zusätzliche Maßnahmen, nämlich neue Formen des Konsums (die eine Investitionslenkung erfordern können) und eine Erhöhung der sozialen Sicherheit notwendig sind. Dazu ist nach möglichen neuen Bedürfnissen zu fragen, die sich hinter diesem Sparverhalten verbergen und die nicht über den Markt befriedigt werden können.

2. Rentabilität hängt von steigenden Masseneinkommen ab.

Zur Begründung dieses Argumentationsgangs ist auszugehen von einer linkskeynesianischen Profittheorie, deren Gültigkeit gegenüber anderen Ansätzen marxistischer und neoliberaler Herkunft an anderer Stelle nachgewiesen wurde.² Im Unterschied zu den beiden an der Klassik ansetzenden neoliberalen und marxistischen Ansätzen, die den Profit als Resteinkommen aus einem gegebenen Produktionsvolumen erklären, so daß eine Erhöhung des Konsums und der Lohneinkommen die Gewinne der Unter-

nehmen zwangsläufig vermindert, ist für den Keynesianismus der Gewinn Folge (und damit nicht Ursache) von Investitionen. Damit die Unternehmen ihre Waren profitabel verkaufen können, müssen – unter der Voraussetzung, daß nur die Arbeiter konsumieren – Arbeitseinkommen entstehen, die größer als die bei der Produktion der verbrauchten Kapitalgüter (Abschreibungen) und bei der Produktion der Konsumgüter bezahlten Arbeitseinkommen sind. Solche Quellen von Einkommen sind Neuinvestitionen. Die Akkumulationsrate bestimmt demnach die Profitrate und nicht umgekehrt.³

Gegen die in diesem Zusammenhang von mir am Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate der Marx'schen Kapitalismustheorie geübte Kritik ist eingewandt worden, daß Lohnsteigerungen nicht ausreichen könnten, um Rentabilität zu sichern, weil die Produktivität der Arbeit zu langsam steigen könnte und dadurch die verfügbare Mehrwertmasse zu klein sein könnte, um eine ausreichende Profitrate zu gewährleisten. In Erweiterung der von mir vertretenen Argumentation, nach der auch bei einer sinkenden Kapitalproduktivität die Profitrate nur stabil bleiben kann, wenn auch die Löhne – allerdings nicht parallel zum Wachstum der Arbeitsproduktivität – steigen, läßt sich zeigen, daß *die organische Zusammensetzung des Kapitals nur steigen kann, wenn die Produktivität der Arbeit wenigstens so rasch steigt, daß die Profitrate stabil bleibt*. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit bei konstanten Reallöhnen und damit steigender Mehrwertrate bei gleichzeitigem Fall der Profitrate, was Marx (MEW 25; 250) nachgewiesen zu haben glaubt, ist im Kapitalismus nicht möglich, sondern kann nur in einer zentral geplanten Wirtschaft auftreten.⁴

Tatsächlich ist die steigende Produktivität nicht eine dem Fall der Profitrate entgegenwirkende Tendenz, die je nach technischem Entwicklungsstand auftreten kann oder auch nicht, sondern die Bedingung für Akkumulation. Ohne fallende Stückkosten (bei konstanten Reallöhnen) und eine mindestens gleichbleibende Profitrate kann die organische Zusammensetzung des Kapitals gar nicht steigen. Die Profitrate fällt nie dadurch, daß die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt, da die organische Zusammensetzung des Kapitals nur steigen kann, wenn die Gesamtfaktorproduktivität wenigstens so stark wächst, daß die Profitrate nicht sinkt.

Die Rentabilität kann nur fallen, wenn es keine ausreichende Nachfrage gibt. Dabei wird die Gewinnmasse durch den Wert der Neuinvestitionen bestimmt (Elsenhans 1978; 25 f.). Eine Erhöhung der Investitionsgüter-

produktion führt zu einer Erhöhung der Profitmasse um den Betrag der zusätzlich produzierten Investitionsgüter. *Die Profitmasse ist also der Wert der Investitionsgüter, die die Unternehmer zur Einführung von Neuerungen oder zur Vergrößerung ihrer Kapazitäten netto investieren.*⁵

Dieses Theorem gilt auch für den Fall »vermachteter« Märkte, wenn auch mit Einschränkungen. Daß in der Krise Unternehmen, die auf Märkten mit geringer Konkurrenz verkaufen, sich Preissenkungstendenzen widersetzen können, ist ein schon in der Monopoldebatte der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre lang diskutiertes Theorem gewesen. Die Zahlen von Epstein (1934; 366) über die amerikanische Industrie zeigen aber, daß im Wachstumsprozeß die »monopolisierten« Bereiche nicht überdurchschnittliche Profitraten aufweisen. Überdurchschnittlich sind die Profitraten dort, wo die Wachstumsraten am höchsten sind. Eine überdurchschnittlich wachsende Nachfrage nach bestimmten »neuen« Produkten erzeugt einen branchen- bzw. produktspezifischen Nachfrageüberhang, der bei hohen Kosten des Marktzutritts zu erhöhten Gewinnen für die Unternehmen führt, die diese Produkte herstellen. Sie erzielen dann überdurchschnittliche Profitraten, aufgrund deren sie ihre Gewinne in den eigenen Unternehmen anlegen, bis durch die Sättigung des Markts der Preisgestaltungsspielraum eingeengt wird.

Eingeräumt werden kann aber, daß in Krisen (also ohne expandierende Nachfrage) Unternehmen auf konzentrierten Märkten, anstatt die Preise zu senken, die Produktion einschränken. Dies würde bedeuten, daß besonders in Krisen die oligopolistischen Strukturen in der deutschen Wirtschaft die »Selbstheilungskräfte« des Markts schwächen, so daß – angesichts der in der Krise schon nur schwach wirksamen Geldpolitik – weitere Steuerungsdefizienzen auftreten.

Ist aber die Rentabilität abhängig von der Expansion der Gesamtnachfrage und ist die Höhe des Profits abhängig vom Finanzierungsbedürfnis des privaten Sektors für Investitionen zur Befriedigung einer wachsenden Nachfrage, dann kann nicht von einer Krise des »Steuerstaats« gesprochen werden. Das Argument von Hickel (1976; 13), daß die steuerliche Abschöpfung einer prinzipiellen Grenze unterliegt, mag zwar richtig sein. Diese Grenze ist aber nicht durch den »tendenziellen Fall der Profitrate« bedingt, den der Staat mit allgemeinen öffentlichen Mitteln kompensieren muß, weil es diesen Fall nicht gibt. Entscheidend ist vielmehr, daß der Staat in einer

wachsenden Wirtschaft den Produktionsbetrieben nicht die Finanzierungsmittel entziehen kann, die sie in der Erweiterung der Kapazitäten investieren. Der Fonds, der für die Erweiterung der Kapazitäten notwendig ist, kann nicht für andere Zwecke verteilt werden. Diese Grenze hätte auch ein sozialistischer Staat zu respektieren. Gottscheids (in: Hickel 1976; 282-291) These, daß der Staat durch Verstaatlichung von privaten Unternehmen finanziell besser ausgestattet werden könnte, ist irreführend. Eine an den Bedürfnissen, die sich über die Nachfrage äußern, orientierte Investitionspolitik müßte zur Folge haben, daß mittelfristig in den verstaatlichten Sektoren die gleichen Wertquanta für Investitionen eingesetzt werden müssen als vorher, so daß dem Staat bei der Verstaatlichung durchschnittlich rentabler Betriebe mit durchschnittlichem Wachstum in gleichem Maße finanzielle Verpflichtungen erwüchsen, wie neue Finanzquellen entstünden. Auch die Abwertung sozialstaatlicher Reformpolitik ohne Verstaatlichung mit dem Argument, sie müsse sich darauf konzentrieren, die Rentabilität privater Unternehmen zu stützen (Hickel 1976; 10 ff.) ist gerade unter dem keynesianischen Vorzeichen der Argumentation des Gegengutachtens⁶ unsinnig. Wie soll die Erhöhung der Löhne krisenüberwindend sein, wenn behauptet wird, daß der staatliche Konsum zugunsten der Stabilisierung der privaten Profitrate eingeschränkt werden muß. Löhne bilden noch viel unmittelbarer als der Staatskonsum direkt von den Unternehmen zu bezahlende Kosten.

Altwater und Semmler haben diese Widersprüche zurecht angegriffen, indem sie den Autoren des Alternativgutachtens vorwarfen, sie erklärten die Krise gleichzeitig aus einer steigenden Profitquote und einer sinkenden Kapitalrentabilität (Altwater/Semmler 1979; 61). Tatsächlich gehen die Autoren des Alternativgutachtens gleichzeitig von einer steigenden und einer bei ausreichender Nachfrage sinkenden Kapitalproduktivität aus. Orthodoxere Marxisten können dann an diesem Widerspruch mit Berufung auf Marxens Profitratengesetz die Unmöglichkeit von Lohnsteigerungen in der Krise festmachen.⁷ Ohne alternatives gesellschaftspolitisches Konzept – das in der von den Autoren gewünschten Form aus guten Gründen nicht durchsetzbar ist – wird die Forderung nach Erweiterung der Massenkaufkraft ins Reich gewerkschaftlicher Rituale verwiesen (Altwater/Hoffmann/Semmler 1978; 381). Der Kampf der Marxisten gegen Lohnsteigerungen und staatliche Beschäftigungsprogramme in der Krise hat allerdings Tradition: *Schon Hilferding bekämpfte mit dem (falschen) Hinweis auf den notwendigen Fall der Profitrate den Vollbeschäftigungsplan der deutschen Gewerkschaften in der*

Krise der 30er Jahre und stützte Brünnings Deflationspolitik (Gates 1974; 212 ff).

Wenn keynesianisch behauptet wird, daß mittel- und langfristig Investitionen nur rentabel sind, wenn die Nachfrage steigt, dann ist zu fragen, wie sich dieser Befund mit den Entscheidungen von Einzelunternehmen verbinden läßt: Unternehmen investieren, um technische Neuerungen einzuführen und die Kapazitäten einer steigenden Nachfrage anzupassen. Die Einführung technischer Neuerungen führt zunächst (ohne Berücksichtigung von Markterweiterungen) zu einer Verbilligung der Produkte und unter freier Konkurrenz, die die Profitraten auf den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt senkt, bei konstanten Reallöhnen zu einer Verminderung der kaufkräftigen Nachfrage (Elsenhans 1978; 27). Damit drohende Überkapazitäten (und Arbeitslosigkeit) vermieden werden, ist dann eine Expansion der Nachfrage notwendig. *Das Investitionsproblem ist also unter beiden Aspekten ein Nachfrageproblem.* Auch wenn Investitionen lediglich durch verfügbaren technischen Fortschritt stattfinden, z. B. am Ausgang einer Krise, muß die Nachfrage und letztlich der reale Konsum steigen, weil durch die Investitionen neue Produktionskapazitäten entstehen und mit weniger Produktionsfaktoren (also auch mit – bei stagnierenden Reallöhnen – weniger bezahlten Einkommen) der gleiche Produktionsausstoß erzielt wird. Die beiden Ursachen für Investitionen, Innovation und natürlich Kapazitätserweiterungen, führen nur zur Vollbeschäftigung, wenn der Endverbrauch steigt.

Damit hängen die Wachstumsmöglichkeiten des Kapitalismus primär von der Ausdehnung der Massennachfrage, und letztlich von den Löhnen ab. Allerdings sind von dieser »Kaufkrafttheorie« der Löhne Einschränkungen zu machen, die jedoch nicht identisch sind mit den vom Sachverständigenrat (SVR) und anderen vorgebrachten Einwänden.

Dem Argument des SVR, daß nicht alle Elemente einer Lohnsteigerung wegen der hohen Lohnnebenkosten zu zusätzlicher Nachfrage führten, ist zu entgegnen:

- Die zu bezahlenden Lohnnebenkosten, wie z. B. die Beiträge zur Sozialversicherung werden in dem Maße Kaufkraft, wie die Versicherungsträger bei steigenden Einnahmen ihre Leistungen verbessern. Werden die zusätzlichen Einnahmen der »Parafiski« (Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung) ausgegeben, dann entwickelt sich wegen des Fehlens des Sparens aus diesen Lohn-

nebenkosten ein zusätzlicher multiplikativer Effekt, wie bei jeder zusätzlichen durch Steuern finanzierten Ausgabe des Staats (Haavelmo'sches Theorem).

- Die in der Form der Verringerung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich auftretende Erhöhung der Kosten pro Arbeitsstunde erhöht zwar die Produktionskosten ohne zusätzliche Nachfrage zu schaffen. Allerdings sinkt bei gleicher Produktivität die produzierte Menge. Nachfragemangel wird durch eine Angebotsverminderung kompensiert.

Richtig ist zwar, daß Nominallohnsteigerungen zu hoch sein können im Verhältnis zur Zunahme des Warenangebots durch Produktivitätssteigerungen, mit der Folge der Inflation. Geldpolitische Maßnahmen gegen die Inflation treffen dann v. a. die Investitionen. Dies gilt jedoch nur für eine vollbeschäftigte Wirtschaft. Selbst wenn behauptet wird, daß der Konflikt zwischen den Tarifparteien in der Bundesrepublik vor der Krise zu hohen Reallöhnen geführt habe⁸, wäre damit nicht bewiesen, daß die Löhne in der Krise nicht steigen mußten, weil offenbar in der Krise die Unternehmen die vorhandenen Produktionsfaktoren nicht nutzen können. Bewiesen wäre nur, daß im Aufschwung die Löhne nur sehr langsam steigen dürfen, was die Unternehmen diesmal ohnedies durchsetzen dürften. Nur im Aufschwung können die Löhne zu hoch sein. Aber selbst dann, wie Schelbert Syfrig (1975; 375 ff) am Beispiel der Schweiz zeigt, können nicht nur zu hohe, sondern bei großen Exportquoten auch zu niedrige Löhne Ursache von Inflation sein. In der Krise liegen dagegen Produktionsfaktoren brach: Arbeitslose und unausgelastete Kapazitäten. In der Krise kann die Steigerung der Löhne nur bei Marktunvollkommenheiten zur Inflation führen. Eine solche vom SVR schon früher festgestellte Marktunvollkommenheit ist die mangelnde Bereitschaft der Unternehmen, bei einer erhöhten Spartätigkeit der privaten Haushalte vermehrt ihre Investitionen mit Fremdmitteln zu finanzieren (SVR JG 1970/71; Ziff. 235 f.)

Sollen die Unternehmen Profite machen, dann müssen Möglichkeiten für Investitionen vorhanden sein, durch die Einkommen entstehen, ohne daß Konsumgüter produziert werden. Diese Investitionen können nur durch eine Erweiterung der Nachfrage hervorgerufen werden.

Rentabilität als Folge von Nachfrageerweiterungen im Verhältnis zur vorhandenen Kapazität zeigt auch die Überwindung aller kapitalistischen Krisen: Wenn nicht durch einen im Verhältnis zur Abnahme der Preise gerin-

geren Rückgang der Reallohnsumme die Krise nachfragebedingt mild ist (wie in den meisten Krisen des 19. Jh.) dann wird nach einem längeren Kapazitätsabbau die Erneuerung von Kapazitäten notwendig, steigt die Investitionsgüternachfrage (und nicht etwa, weil die Löhne gesunken wären), so daß Einkommen entstehen, deren Bezieher keine Konsumgüter produziert haben. Nach einer längeren Investitionszurückhaltung der Unternehmen gibt es im allgemeinen viele neue Technologien, die Kostensenkungen erlauben. Noch vorhandene Anlagen werden konkurrenzunfähig. Alle Unternehmen investieren in den neuen Technologien: Einkommen entstehen, deren Bezieher keine Konsumgüter hergestellt haben. Die Konsumgüterproduzenten weiten die Produktion aus. Nicht die Steigerung der Arbeitsproduktivität (die sich während der ganzen Krise fortsetzen kann), sondern die neuen Einkommen aus geballt auftretenden Investitionen (auch bisher zurückgestellten Ersatzinvestitionen) sind die Ursache für die Wiedergewinnung von Rentabilität.

Gleiche Folgen wie solche neuen Investitionen haben erhöhte Staatsausgaben, die nicht aus Steuererhöhungen finanziert wurden. Entscheidend ist also eine Gesamtnachfrage, die die Unternehmen zu einer Akkumulationsrate anregt, bei der sie eine von ihnen als akzeptabel erachtete Profitrate erzielen.

Die Höhe der Gesamtnachfrage hängt von folgenden Elementen ab:

1. Die Gesamtnachfrage steigt, wenn die Unternehmen das Wachstum der Investitionen, also die Investitionsrate erhöhen. Diese Erhöhung der Investitionsrate schafft aber neue Kapazitäten. Wenn das Verhältnis zwischen Neuinvestitionen und Kapazitäten im Vergleich zum bisherigen Verhältnis zwischen Kapitalstock und Kapazitäten nicht wächst (neutraler technischer Fortschritt), können die Unternehmen die erhöhte Investitionsrate nur beibehalten, wenn der Konsum in entsprechendem Maße (hier parallel zum Volkseinkommen) steigt, d. h. die Lohneinkommen wachsen. Eine Schumpeterische Investitionskonjunktur erfordert langfristig eine Erweiterung der Endverbrauchernachfrage (es sei denn, die staatliche Nachfrage würde erhöht werden).
2. Wenn der Kapitalbedarf pro zusätzlicher Produktionseinheit steigt, d. h. der Kapitalkoeffizient $\left(\frac{K}{Y} \text{ bzw. } \frac{\Delta K}{\Delta Y}\right)$ zunimmt, dann können die Investitionen und die Profite wachsen, ohne daß die Lohneinkom-

men parallel expandieren (Sie nehmen zwar absolut zu, doch sinkt die Lohnquote). Umgekehrt müßten bei einem sinkenden Kapitalkoeffizienten, der in der Regel dann auftritt, wenn Investitionen bei stagnierenden Lohnkosten nur zur Senkung der Produktionskosten (und nicht zur Erweiterung der Kapazitäten) durchgeführt werden, zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Rentabilität die Lohneinkommen schneller als das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt) wachsen.

3. Das Theorem, daß die Endverbrauchernachfrage zusammen mit der Investitionsgüternachfrage, die wiederum von der Endverbrauchernachfrage abhängt, die Höhe der Gesamtnachfrage und damit die Rentabilität der Unternehmen bestimme, geht davon aus, daß alle Lohneinkommen konsumiert werden. Nur dann werden die bei der Investitionsgüterproduktion anfallenden Lohn- und Kapitaleinkommen zu Profit. Eine Revision dieser Annahme durch Einführen des Sparens der Lohnempfänger ergibt, daß die Profite um die Masse der privaten Ersparnisse sinken. Unter diesen Voraussetzungen kann Gleichgewicht nur bei einer bestimmten Investitionsrate, einer bestimmten Sparhöhe und bestimmten Konsumeignungen aus Profit und Arbeitseinkommen erreicht werden. Sparen der privaten Haushalte wirkt als Anspruch auf das Anlagevermögen der Unternehmen: Bei hoher Sparneigung der Arbeitnehmer ist ohne rasch steigenden Kapitalkoeffizienten Vollbeschäftigung nur erreichbar, wenn die Unternehmen soviel investieren, daß der Anteil der Fremdfinanzierung rasch steigt und das Anlagevermögen zu einem wachsenden Anteil den Arbeitnehmern »gehört« (Elsenhans 1976; 121). *Eine Erhöhung des Sparens der Lohnempfänger (bzw. des Anteils von Sparen aus Lohneinkommen am Volkseinkommen) vermindert die Profitmasse der Unternehmen bei konstanten Investitionen bzw. bei gleichbleibender Investitionsquote.* Eine Erhöhung des Sparens der Lohnempfänger vermindert die Profitmasse der Unternehmen. Die Profitrate kann konstant bleiben, wenn die Unternehmerinvestitionen ausreichend schnell steigen, um nach Abzug der Sparsumme der Lohnempfänger eine Profitmasse zu realisieren, die eine den Unternehmen rentabel erscheinende Profitrate garantiert. Dies ist leichter bei einem steigenden Kapitalkoeffizienten zu erreichen als bei einem stagnierenden oder gar einem sinkenden Kapitalkoeffizienten, da bei steigendem Kapitalkoeffizienten pro zusätzli-

cher Produktionseinheit überproportional viel investiert werden muß.

Entscheidende Faktoren für die Akkumulationschancen sind also:

- die Entwicklung des Kapitalkoeffizienten: gibt es in der Bundesrepublik Branchen mit (rasch) steigenden Kapitalkoeffizienten, die auf eine wachsende Nachfrage stoßen
- gibt es andere als durch die Endverbrauchernachfrage bestimmte Zusammenhänge, über die eine Erhöhung der Akkumulationsrate zu erzielen ist
- die Entwicklung der Sparquote der Lohnempfänger

Nichtberücksichtigt sind dabei die außenwirtschaftlichen Einflüsse, obwohl das Problem des Nachfrageausfalls durch Sparen, unzureichende Akkumulation oder unzureichenden Konsum auch durch eine Erhöhung des Exportüberschusses gelöst werden kann. Auf die außenwirtschaftlichen Probleme wird am Schluß eingegangen.

3. Wachstumsmöglichkeiten durch eine Erhöhung des Kapitalkoeffizienten

Wachstumsmöglichkeiten über eine Erhöhung des Kapitalkoeffizienten sind dadurch gekennzeichnet, daß angesichts der vorausschbaren Entwicklung der Nachfrage zu produzierende Waren ein im Vergleich zum Wachstum des BSP rascheres Wachstum des Kapitalstocks erfordern. Zusätzliche Investitionen haben einen im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft unterdurchschnittlichen Kapazitätseffekt. In diesem Zusammenhang sind zwei Bereiche in der Diskussion, nämlich die Ausweitung des Dienstleistungssektors und die Entwicklung einer sehr kapitalintensiven Energieproduktion, die über Ausrüstungsinvestitionen Arbeitsplätze schafft. Entgegen landläufigen Vorstellungen, nach denen die Kapitalintensität in der Großindustrie am größten sei, bzw. dort der Kapitalkoeffizient sehr hoch sei, ist in Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland in den Dienstleistungssektoren ein sehr hoher Kapitalkoeffizient anzutreffen. Dieses Problem ist neueren Datums. Noch Ende der 60er Jahre hat Walter G. Hoffmann (1969; 24) einen kapitallosen technischen Fortschritt für den Dritten Sektor erwartet. Wenn heute der Kapitalkoeffizient im Dienstleistungsreich hoch ist und der Dienstleistungssektor in der Bundesrepublik einen

kleineren Anteil am Bruttosozialprodukt stellt als in anderen Industrieländern, könnte über eine Veränderung der Struktur des BSP in der Bundesrepublik Wachstum über den höheren Kapitalkoeffizienten erreicht werden. Dem ist entgegenzuhalten, daß in den nichtindustriellen Sektoren der Anteil der Bauten an den Anlageinvestitionen bei knapp 60 % liegt. Sofern man nicht annimmt, daß Bauten in diesem Bereich dadurch schnell veralten, daß sie neuen Arbeitsverfahren nicht mehr entsprechen und deshalb unter Konkurrenzbedingungen aufgegeben werden müssen, wird langfristig der marginale Kapitalkoeffizient in diesem Sektor sinken und damit die wachstumsfördernde Nachfrage innerhalb der Unternehmen für Anlagegüter nicht überproportional zu den Kapazitäten wachsen mit der Folge, daß sich der Rationalisierungseffekt auswirkt.⁹

Die Beschäftigungszahlen für Kernkraftwerke und Meerestechnologie lassen die Vermutung nicht zu, daß hier eine große Arbeitskraftnachfrage für Investitionsgüter entstehen wird. Betrachtet man den von der Chase Manhattan Bank vorgebrachten Investitionsbedarf von 1,35 Bio. \$ in 10 Jahren zur Erschließung neuer Energiequellen außerhalb des Bereichs der OPEC, dann ergeben sich umgelegt auf die Summe der Bruttosozialprodukte (1973: 7266 Mrd DM) der alten 6 EG-Länder (ohne Luxemburg), der USA, Japans, Dänemarks und Kanadas für die Bundesrepublik 446 Mrd. DM zusätzliche Investitionen in 10 Jahren, die im Anfangsjahr (bei einer Steigerung der Investitionen um 7,5 % pro Jahr wie 1970 - 73) 31,5 Mrd. DM betragen. Da in der Bundesrepublik 1974 Energieinvestitionen in Höhe von 7661,2 Mio. RE oder 24,667 Mrd. DM tatsächlich vorgenommen wurden, hätten die zusätzlichen Investitionen 6,9 Mrd. DM betragen müssen.¹⁰ Die Investitionslücke von 1974 30,9, 1975 51,7 und 1976 51,7 Mrd. DM wäre dadurch nicht abgedeckt worden.¹¹ Sie hätten die Differenz zwischen der Ersparnis der nichtunternehmerischen Haushalte (dem Finanzierungssaldo der privaten Haushalte, in Mrd. DM 1974 88, 1975 100, 1976 87,4, 1977 84,9, 1978 86,7) und dem Finanzbedarf der Unternehmen (Mrd. DM 1974 46,3, 1975 26,7, 1976 37,4, 1977 45,7, 1978 36,7) nicht ausgeglichen (Zahlen: Statistisches Bundesamt, FS 18, R 1, Vorbericht 1978; 56).

Vor allem ist jedoch auf folgenden Zusammenhang zu verweisen: *Der technische Fortschritt senkt in aller Regel den Kapitalkoeffizienten.* Bei langsam wachsender Wirtschaft wird die Tendenz zum sinkenden Kapitalkoeffizienten relativ stark sein. Zwar wirkt dieser Tendenz entgegen, daß bei sinkenden Wachstumsraten auch die Anreize für die Entwicklung technischer

Neuerungen abnehmen, so daß die Kapitalproduktivität nur langsam steigt. Wenn aber bei stagnierenden Reallöhnen nur Investitionen stattfinden, die die Stückkosten bei gegebenen Arbeitskosten senken, dann ist davon auszugehen, daß eine nachhaltige Steigerung des Kapitalkoeffizienten in aller Regel eine Anhebung der Realeinkommen voraussetzt. Steigende Kapitalkoeffizienten treten in der Regel auf, wenn bei steigenden Arbeitskosten »Defensivinvestitionen« vorgenommen werden.¹² Die einzige Ausnahme mit kapitalabsorbierenden Defensivinvestitionen (ohne Freisetzung von Arbeitskraft) bilden Produktionszweige, in denen technischer Fortschritt die Verschlechterung der natürlichen Bedingungen der Produktion nicht aufheben kann. In allen anderen Fällen handelt es sich um kapitalintensive Verfahren, um die Steigerung der Kosten des Faktors Arbeit auszugleichen.

Allerdings werden Unternehmer »teure« Verfahren mit langer Umschlagszeit des Kapitals nur dann einführen, wenn innerhalb der von ihnen erwarteten Lebensdauer der Maschinen, bzw. innerhalb der Zeitdauer, von der sie erwarten, daß die Technologie konkurrenzfähig sein wird (und die kürzer sein kann als die physische Lebensdauer der Maschinen) eine Abschreibung und eine »angemessene« Verzinsung des eingesetzten Kapitals erzielt werden können. Ist zu befürchten, daß während dieser Zeit neue billigere Technologien verfügbar werden, müssen die Maschinen schneller abgeschrieben werden, so daß der Anteil am Bruttogewinn der zur Verzinsung kalkulatorisch zur Verfügung steht, abnimmt, die erwartete Rentabilität also sinkt.

Das Argument verweist darauf, daß bei bloßen Rationalisierungsinvestitionen die Senkung der Kosten mit der neuen Technologie gegenüber der alten sehr hoch sein müssen. Die Produktionsmittel der alten Technologie sind vorhanden. Neu anfallende Kosten sind nur die »variablen« Kosten der Beschäftigten und der verbrauchten Vorprodukte. Dagegen müssen bei der Einführung einer neuen Technologie auch die Kosten für das zu installierende Fixkapital erwirtschaftet werden. Je höher der Anteil der Fixkapitalkosten, desto stärker sind die Möglichkeiten in der Krise mit einem alten Material weiterzuproduzieren. Die Investitionen werden in der Krise abhängig vom Auslastungsgrad, im Aufschwung dagegen von den Gewinnen. Das Argument von Baisch et al. (1977; 191), nach denen die Investitionen vom Auslastungsgrad der Kapazitäten abhängen, muß also modifiziert werden: In der Krise werden Neuinvestitionen erst bei hohen Stückkostensenkungen rentabel und sind dann Rationalisierungsinvestitionen, die nicht zu einer Erhöhung der Gesamtnachfrage über einen wachsen-

den Kapitalkoeffizienten führen. Zuzustimmen ist aber der Überlegung, daß unter diesen Voraussetzungen die an sich mittelfristig rentable Einführung neuer Technologien mit hohem Fixkostenanteil in der Krise zu wenig und im Aufschwung zu stark erfolgt, so daß die Investitionstätigkeit die Zyklichkeit der Gesamtnachfrage verschärft. Aufgrund der einzelbetrieblichen Investitionsentscheidungen führt ein steigender Kapitalkoeffizient, der gesamtwirtschaftlich als Element der Stabilisierung des Kapitalismus durch im Vergleich zum Bruttosozialprodukt unterproportional steigende Masseneinkommen anzusehen ist (Elsenhans 1976; 99 f.), zu einer Destabilisierung des Akkumulationsprozesses. Langfristig kann über einen steigenden Kapitalkoeffizienten Wachstum nicht über die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft, sondern nur über Garantien an die Unternehmen, daß die teurere Technologie auch verwertet werden kann, erreicht werden.

Ein Wachstum des Kapitalkoeffizienten hat zur Folge, daß Investitionen so lange verschoben werden, bis zwischen der installierten Technologie und neuen verfügbaren Technologien sehr deutliche Kostenunterschiede auch bei einer geringen Umschlagszeit des Kapitals auftreten. Dann treten die Investitionen zeitlich massiert auf, führen zu einer Investitionskonjunktur und anschließend zu einer noch tieferen Depression. Ein Wachstum über einen steigenden Kapitalkoeffizienten würde deshalb notwendig zur staatlichen Beeinflussung von Investitionen führen, wie im Fall eines Wachstums über neue Branchen mit hoher Umschlagszeit des Kapitals (ausgenommen im Fall der Verteuerung der Primärgüterproduktion, wenn klar ist, daß keine kostengünstig abzubauenen Lager mehr zur Verfügung stehen).

Ohne steigende Masseneinkommen und ohne auch branchenbezogene Beeinflussung der Investitionen bleibt nur die staatliche Infrastrukturpolitik, um langfristig eine ausreichende effektive Nachfrage über einen wachsenden gesamtwirtschaftlichen Kapitalkoeffizienten zu garantieren. Daß es hier viele Möglichkeiten gibt, ist unbestritten (Umweltschutz etc.). Daß die Erhöhung der Staatsquote durch solche nicht für Märkte produzierende Kapazitäten nicht die Profitrate der Unternehmer senkt, ist offensichtlich und zeigt sich bei der Betrachtung jeder Rüstungskonjunktur, die ja primär nicht dadurch Profite schafft, daß die Rüstungskonzerne den Staat plündern, sondern daß über den Aufbau von Produktionskapazitäten im Rüstungssektor und in vorgelagerten Sektoren Arbeitseinkommen entstehen, für die keine Konsumgüter produziert werden. Der »Nachweis«¹³, daß Staatsausgaben einen Abzug von Profit darstellen, ist falsch. Cogoy (1973; 188) Versuch, diesen Nachweis zu führen, betrifft nur eine

vollbeschäftigte Wirtschaft mit einer ausreichenden Nachfrage. Für diesen Fall hat allerdings bisher niemand Staatsausgaben zur Erhöhung von Beschäftigung und Rentabilität gefordert. Eine ausschließliche Orientierung der Bekämpfung des Nachfragemangels auf eine Vermehrung der Staatsausgaben unterstellt jedoch, daß alle privaten Bedürfnisse befriedigt sind, eine Hypothese, die in diesem Aufsatz angezweifelt wird, indem gefragt wird, ob nicht strukturelle Probleme verhindern, daß private Bedürfnisse artikuliert werden, obwohl die Sparquote der privaten Haushalte das Vorhandensein von Kaufkraft belegt.

4. Steigerung der effektiven Nachfrage durch eine Erhöhung der Akkumulationsrate:

Die Möglichkeit einer Absorption eines hohen Sparüberschusses durch die Beschleunigung der Akkumulation löst in noch stärkerem Maße als die Entwicklung von Branchen mit überdurchschnittlichem Kapitalkoeffizienten nur vorübergehend das Problem des Absatzes, da die neuerrichteten Anlagen irgendwann produzieren und zwar mit noch größerem Kapazitätseffekt als im Fall eines steigenden Kapitalkoeffizienten. Dennoch ergibt sich hier ein interessanter Punkt: Ein weiterer Fortschritt der Steigerung der Produktivität der Arbeit könnte von einer Forcierung der Rationalisierung und Automatisierung abhängig sein, die kurzfristig zu einer Erhöhung des Kapitalkoeffizienten und der Akkumulationsrate (durch hohe erstmalig zu tätigende Investitionen) führen könnte. Nach Beseitigung der Arbeitslosigkeit mit dem Mittel der Beschleunigung der Akkumulation ist weiteres Wachstum nur durch Ausweitung der Konsumgüternachfrage möglich, die die geschaffenen Kapazitäten in den Konsumgüterindustrien auslastet und ihre Erweiterung anregt, so daß auch die Produktionsmittelnachfrage wieder steigt.

Als Beispiel könnte die Automatisierung der Maschinenproduktion dienen. Ihre Automatisierung setzt voraus, daß die Nachfrage nach bestimmten Maschinen sich stetig entwickelt. Bei einem Planungshorizont von wenigen Jahren müssen die Kapitalkosten zu schnell abgeschrieben werden, so daß die bisherigen Verfahren billiger sind. Zwar könnten die automatisierten Anlagen noch sehr viel länger arbeiten, in der Rentabilitätsbewertung seitens der Unternehmer wären sie jedoch erst dann sinnvoll, wenn die Konkurrenzfähigkeit für die gesamte Lebensdauer der Anlage garantiert wer-

den kann. Bedroht ist die Konkurrenzfähigkeit, sobald neue Nachfragestrukturen neue Investitionsgüter erfordern oder neue Verfahren der Investitionsgüterproduktion auftauchen. Wenn heute ein Verfahren B zur Verfügung steht, das kostengünstiger als ein bisher genutztes Verfahren A ist, aber damit zu rechnen ist, daß ein noch kostengünstigeres Verfahren C in Zukunft verfügbar wird, läßt sich zeigen, daß über eine Reihe von Jahren gerechnet die später verlangsamte Einführung des Verfahrens C zugunsten der jetzigen Nutzung von brachliegenden Kapazitäten zur Produktion von Investitionsgütern für das Verfahren B sinnvoll sein kann¹⁴. Dazu ist eine Kontrolle des technischen Fortschritts nötig, indem der Staat spätere Rentabilität garantiert, entweder durch Investitionskontrolle, wenn das neue Verfahren verfügbar ist, oder durch Besteuerung des neuen und Subventionierung des in unserem Fall ab dem 6. Jahr veralteten Verfahrens. Dies ist aber nichts anderes als Investitionslenkung im Interesse von Akkumulation, wobei Marktförmigkeit des Verfahrens durchaus möglich ist, nicht aber Dominanz des Markts.

Zwei Lösungsmodelle sind denkbar:

- Modernisierungskontrakte zwischen den Unternehmern und dem Staat, d.h. Zusicherung von Subventionen für den Fall, daß die Konkurrenzfähigkeit bedroht ist (in diesem Fall in der Zukunft). Ob die Gewerkschaften heute so schwach seien, daß sie diese nur zwischen Unternehmern und Staat ausgehandelte Gewinngarantie akzeptieren, ist zweifelhaft.
- Stärkere gewerkschaftliche Mitspracherechte. Daß die Unternehmer eine solche Umstrukturierung, die letztlich eine gewerkschaftlich mitbestimmte Rahmenplanung erfordert, akzeptieren, ist zweifelhaft.

In beiden Möglichkeiten spielt der Profit und der Markt weiterhin eine wichtige Rolle, allerdings angesichts der wachsenden Umschlagszeiten im Rahmen politisch gesetzter Rahmendaten.

Zu unterstreichen ist, daß dies neue Wachstumsmöglichkeiten *nur* kurzfristig eröffnet, insbesondere, wenn solche Investitionen kurzfristig als Investitionsschub auftauchen: Wie alle Rationalisierungsinvestitionen erfordern sie zur Lösung des Problems des Absatzes eine Erhöhung der effektiven Nachfrage oder eine Verminderung der zu leistenden Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Je stärker durch Investitionsbeeinflussung dabei die Investitionen verstetigt werden, desto kontinuierlicher kann die Nachfrage wachsen. Bei einer bloßen Marktregulierung werden dagegen Investitionen hinausgezögert, erfolgen dann schubweise, mit der Folge von Ungleichgewichten: In der Depression wachsen wegen der verminderten Macht der Gewerkschaften die Realeinkommen zu langsam, während im Boom über den direkten Zugriff der Unternehmen auf Produktionsfaktoren Nominaleinkommenssteigerungen inflatorisch entwertet werden können.

5. Gesellschaftliche Ursachen des Sparens der privaten Haushalte.

Die Ersparnisse (Finanzierungssaldo) der privaten Haushalte stiegen von 1950 2 Mrd. DM auf 1962 18 Mrd. DM und 1978 86,6 Mrd. DM, während sich die Investitionen im gleichen Zeitraum nur von 22,34 Mrd. DM auf 1962 98,28 Mrd. DM und 1978 282,6 Mrd. DM und das Bruttosozialprodukt von 1950 98,1 Mrd. DM auf 1962 360,91 Mrd. DM und 1978 1282,6 Mrd. DM erhöhten (Stat. BA SS 18, R. 1), obwohl die Investitionen seit 1975 wachsen, der Finanzierungssaldo der Privaten dagegen stagniert. Eine überproportionale Ausweitung der Spartätigkeit ist also festzustellen, auch wenn im Aufschwung diese Disproportion rückläufig ist. Sie wirkt als Anspruch der privaten Haushalte auf das Produktionsvermögen und vermindert das Residualeinkommen der Unternehmer (Elsenhans 1976, 121). Gleichzeitig hat sich die Nachfrage nach neuen Wohnbauten verlangsamt, einem der wichtigsten dauerhaften Konsumgüter, das privates Sparen in der wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik absorbieren konnte (Bartholomäi 1978; 329).

Die Erhöhung der Sparquote verweist auf Probleme der Verschärfung der Zyklichkeit der Konjunktur, der Möglichkeit der Befriedigung neuer Bedürfnisse durch gestiegene Realeinkommen der Arbeitnehmer, der Orientierung der Einkommensverwendung, auf soziale Hemmnisse für eine wachstumsorientierte Verwendung dieses Konsumrechts und auf Probleme der Einkommensverteilung, deren Offenlegung unter dem Gesichtspunkt der Nachfragestruktur Argumente für eine verstärkte und kohärentere Beeinflussung der Investitionen und eine Neuorientierung der Arbeitsmarktpolitik liefert.

5.1. Sparquote und Zyklus.

Die Betrachtung der konstant hohen Sparquote während der Depression der 70er Jahre als bloß konjunkturelles Phänomen ist schon im Ansatz unzureichend. Offensichtlich ist, daß die Lohnabhängigen in einer Zeit zunehmender Arbeitslosigkeit ökonomisch rational handeln, wenn sie sich individuell auf die Gefahr des Arbeitsplatzverlustes einrichten, indem sie auf Konsumentenkredite verzichten und Fonds für die möglicherweise auftretende Zeit der Einschränkung auf Arbeitslosenunterstützung und -hilfe ansammeln. Dies gilt umso mehr, wenn, im Vergleich zu früheren Krisen, der Anteil besser verdienender Angestellter an den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten gestiegen ist, deren Sparfähigkeit bis zum Eintritt der Arbeitslosigkeit höher ist. Im Vergleich zu früheren Krisen zeigt sich allerdings auch, daß Sparen als Zukunftsvorsorge in Krisen nur von einem bestimmten Realeinkommensniveau an möglich ist. Die konjunkturelle Verstärkung der Konsumenthaltung ist selbst Ausdruck eines gegenüber früheren Krisen höheren Konsumtions- und Reallohnlevels breiter Massen.

Einem solchen Reallohnniveau entspricht ein *hoher Anteil dauerhafter Konsumgüter an den Gesamtausgaben der privaten Haushalte*. Die Ausweitung des Konsums solcher Produkte war lange Zeit einer der Faktoren für Wirtschaftswachstum in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern und zwar über den Aspekt der Befriedigung neuer Bedürfnisse hinaus.

- Einerseits handelt es sich um jene Branchen der metallverarbeitenden und der elektrotechnischen Industrie, die am ehesten zu standardisieren waren und die deshalb einen vermutlich hohen Kapitalbedarf zur Ausweitung der Produktion hatten, in denen also der Kapitalkoeffizient relativ hoch und die Akkumulationsrate überdurchschnittlich war.¹⁵
- Andererseits wurde durch Modellpolitik und Innovation ohne hohen Gebrauchswert eine Stützung der Nachfrage durch frühzeitiges moralisches Veralten der Produkte betrieben, z.T. wahrscheinlich bewußt zur Steigerung des Absatzes, z.T. auch, weil der Prozeß der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu Unternehmensgrößen geführt hatte, die ihren Vorsprung nur dann zur Geltung bringen konnten, wenn die Produktionsdauer für bestimmte Typen zeitlich begrenzt wurde.

Die Abhängigkeit des Absatzes im Bereich der für die Konsumtionsproblematik zunehmend wichtiger werdenden dauerhaften Konsumgüter vom »moralischen Veralten« (= nicht mehr modern, physisches Veralten = nicht mehr benutzbar) verschärft die zyklische Abhängigkeit der Nachfrage. Daß Haushalte ihre Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter in Zeiten der Bedrohung der Arbeitsplätze einschränken, ist an sich verständlich. Wenn zudem der Gebrauchswert der dauerhaften Konsumgüter länger genutzt werden kann, als die übliche Gebrauchsdauer, weil die in Nichtkrisenzeiten erreichte Nachfrage v.a. durch Konsum erreicht wird, der über den Demonstrationseffekt des Mitvollziehens von Moden etc. erfolgt, dann wird deutlich, daß sogar ohne reale Einschränkung des Lebensstandards in Krisenzeiten eine erhöhte Spartätigkeit möglich ist. Den extrem zyklischen Charakter der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter haben Biervert/Nissen (1972; 374) schon vor der Krise nachgewiesen. Das Verhalten der deutschen Konsumenten in bezug auf Automobilkäufe 1973 hat ihre These voll bestätigt. Wurden 1972 für Beamte, Arbeiter und Angestellte noch 1,36 Mio. neuer Autos zugelassen, so waren es 1974 nur noch 1,07 Mio. (- 21 %). Dabei nahmen die Zulassungen für Arbeiter mit -25 % überdurchschnittlich ab.

Wenn zugleich diese Branchen relativ kapitalintensiv produzieren, dann ergibt sich, daß die Krisenhaftigkeit kapitalistischer Produktion durch den überdurchschnittlich prozyklischen Investitionszyklus (Katzenstein 1967; 183 - 190) auf dem derzeitigen Entwicklungsstand verschärft wird durch ein noch stärker prozyklisches Verhalten der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter, aus dem sich ein noch stärker prozyklisches Investitionsverhalten der Unternehmen, die solche Konsumgüter herstellen, ergibt.

Entgegen der Annahme, daß automatische Stabilisatoren wie die Arbeitslosenunterstützung den Krisenzyklus abmildern können, ergibt sich, daß auf dem erreichten Stand der Produktivkräfte und der Realeinkommen verstärkt Destabilisierungstendenzen auftreten. Bei einem Anteil der dauerhaften Konsumgüter von 20,9 % (1975) und 21,7 % (1977) an den Ausgaben der privaten Haushalte¹⁶ wird eine bloße Halbierung dieser Ausgaben einen größeren Nachfrageausfall hervorrufen als die Nachfragestabilisierung durch Arbeitslosenunterstützung für mindestens 4 Mio. Arbeitslose erbringt, ohne daß die sekundären Effekte der Verminderung der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, nämlich Investitionszurückhaltung berücksichtigt wären¹⁷.

5.2. Eine hohe Sparquote als langfristiges Phänomen.

Allerdings zeigt die Strategie der Einkommensverwendung der Arbeitnehmerhaushalte, daß die Duesenberry'sche These (Duesenberry 1967; 57), nach der die Sparquote nicht von der absoluten Höhe der Einkommen abhängt, nicht mehr völlig zutrifft. Die Entwicklung der Einkommensverwendung seitens der privaten Haushalte zeigt ein kontinuierliches Steigen der Sparquote (Anteil der Ersparnis der privaten Haushalte am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte), allerdings v.a. während der 50er Jahre: 1950 6,5 %, 1960 14,9 % und 1975 13,9 % (Stat. Jb. 1977; 508). Diese Größe ist aber nur bedingt aussagefähig: Sie enthält auch die nicht-entnommenen Gewinne der privaten Unternehmer und das Sparen aus Unternehmereinkommen (die automatisch investiert werden) und der Beschäftigten mit hohen Einkommen. Viel wichtiger für die hier interessierende Fragestellung ist die Zunahme der Sparquote des mittleren Arbeitnehmerhaushalts: 1950 betrug sie 3,2 %, 1958: 3,9 %, 1967: 5,9 %, 1971: 9,5 %, 1972: 11,6 %, 1973: 11,5 %, 1974: 12,0 %, 1975: 13,2 % und 1976: 11,3 %. Selbst wenn die Sparquote des durchschnittlichen Arbeitnehmerhaushalts seit 1975 wieder sinkt, und zwar stärker als die Sparquote aller privaten Haushalte (einschließlich der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit, 1976 12,9 %, Stat. Jb. 1978; 524) und 1977 nur noch 10,8 % betrug, berechtigt dieser Rückgang nicht zur Vermutung, daß das Problem, daß die Bevölkerung zunehmend Waren produziert, ohne im Umfang des erzielten Lohns Waren kaufen zu wollen, an Bedeutung verliere. Auszugehen ist vielmehr davon, daß die Sparquote hoch bleibt, selbst wenn die Erwartungen über den Konjunkturverlauf sich verbesserten und in der Krise zurückgestellte Einkäufe getätigt wurden. In diesem Zusammenhang ist auch das Verhalten der Rentner zu sehen. Der Haushaltstyp I hat mit einem verfügbaren Monatseinkommen von 1975 921,46 DM 7 %, 1976 8,5 % und 1977 sogar 11,6 % seines Einkommens gespart. Inzwischen ist die Geldvermögensbildung der privaten Haushalte auf jährlich etwa 100 Mrd. DM gestiegen (1970 58,2 Mrd. DM), während der Nettogeldvermögensbestand Ende 1976 967 Mrd. DM, 1978 1160,1 Mrd. DM (1970 484) betrug, und erheblich schneller als das reproduzierbare Sachvermögen stieg (1970 1885 Mrd. DM, 1976 3510 Mrd. DM)¹⁸.

Eine Senkung der Sparquote der privaten Haushalte um 5 Prozentpunkte bringt mehr Nachfrage als die gesamte Arbeitslosenunterstützung.

Der Anstieg der Sparquote hat schon vor der Krise der 70er Jahre auf die deutsche Konjunkturpolitik Auswirkungen gehabt. Die Höhe der Realein-

kommen in der Bundesrepublik hat zur Folge, daß ein offenbar nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung sparfähig wird. Andererseits kann dieses vermehrte Sparen nur dann zu Akkumulation führen, wenn die Unternehmen mit fremden Geldern akkumulieren. Die Selbstfinanzierungsquote muß dann sinken. Daß die Unternehmen unter solchen Bedingungen die

Rate des Wachstums ihrer Kapazitäten erhöhen, ist wenig wahrscheinlich. Die technischen Bedingungen des Wachstumsprozesses führen gleichzeitig nicht zu einer starken Erhöhung des Kapitalkoeffizienten, durch die der Bedarf an Investitionsmitteln das Sparen der privaten Haushalte kompensieren würde. Unter der Bedingung einer geldwertneutralen Geldpolitik machen die Unternehmen entlang eines gleichgewichtssichernden Wachstumspfad des Gewinns, die um den Betrag der Ersparnisse der Haushalte kleiner sind als ihre Neuinvestitionen. Zur Verwirklichung des Investitionsvolumens, bei dem Vollbeschäftigung erreicht wird, müßten sich die Unternehmer in Höhe des sparbedingten Nachfrageausfalls verschulden. Genau dies widerspricht aber einer »risikobewußten« Finanzierungsstrategie der Unternehmen.

Um die Unternehmen zu Investitionen zu veranlassen, wurde deshalb bis 1970 eine Politik des billigen Geldes betrieben bzw. zugelassen. Die Geldpolitik mußte dann so expansiv sein, daß die Unternehmen zwar über niedrige Zinssätze zu Investitionen angereizt werden, gleichzeitig die Möglichkeit der Überwälzung ihrer durch »hohe« Löhne hohen Kosten dadurch gewährleistet sahen, daß auch, wenn nicht das gesamte Lohneinkommen zu Konsumgüternachfrage wurde, die Waren zu Preisen abgesetzt werden konnten, die die gesamten Lohnkosten und eine von den Unternehmen als akzeptabel erachtete Profitrate abdeckten. Dies ist eine Inflation, die als durch die Kosten induziert erscheint: Die Produktionskosten steigen durch die Löhne, doch steigen die Löhne nur, um mit der gestiegenen Produktivität und der Inflation mitzuhalten. Diese muß ausgelöst werden, um durch die Entwertung des gesparten Geldkapitals den Anteil der risikotragenden Eigentümer und Unternehmen, d.h. der Kapital real Investierenden, am Anlagekapital und am realen gesellschaftlichen Sparen zu erhöhen und dadurch die Profitraten hoch zu halten. Gerade weil aber inzwischen auch größere Teile der abhängig Beschäftigten durch solche inflationäre Preissteigerungen als Sparer betroffen sind, wird ein solcher Weg der Korrektur der Anteile an den Investitionen zu Lasten des Geldkapitals und zugunsten der Unternehmen politisch immer schwerer durchsetzbar, nämlich auch von den Lohnabhängigen nicht mehr akzeptiert. Zu überprüfen wäre,

ob nicht zu Beginn der 70er Jahre der Spielraum zur Durchführung einer solchen Wirtschaftspolitik erschöpft war. Dabei ist insbesondere von folgender Überlegung auszugehen: Als Geldsparer sind v.a. die besser verdienenden Haushalte, Beamte, Angestellte und Facharbeiter betroffen, die weniger als Haushalte mit niedrigem Einkommen Arbeitslosigkeit befürchten müssen. Diese Haushalte mit mittleren Einkommen dürften aber inzwischen wahlentscheidend sein in einem zunehmend bipolaren Parteiensystem. Gibt es also inzwischen einen Interessenkonflikt zwischen Geldsparenden höher verdienenden Lohnabhängigen und an Vollbeschäftigung interessierten unqualifizierten Arbeitern?

Da nicht anzunehmen ist, daß die wachsende Sparquote der abhängig Beschäftigten tatsächlich einen Anspruch auf Umverteilung des Produktivvermögens darstellt, ist nach den Gründen für die durch Sparen bedingte, sich über Konjunkturverläufe hinaus öffnende Nachfragerücke zu fragen.

Drei mögliche Erklärungen wären empirisch zu überprüfen:

1. Ein Bedürfnis nach mehr Freizeit statt nach Waren.
2. Ein Bedürfnis nach sozialer Sicherheit.
3. Ein Bedürfnis nach dauerhaften Konsumgütern, deren Kauf angesichts ihres Preises im Verhältnis zum Zeithorizont der Planung der Einkommensverwendung zu hoch ist.

Eine Abnahme des Befriedigungsniveaus durch Waren, d.h. eine Konsumenthaltung, weil die Waren keine Gebrauchswerte mehr darstellen im Verhältnis zu ihrem Preis, kann zwar nicht ausgeschlossen werden, dürfte aber angesichts der erreichten Durchschnittseinkommen zweifelhaft sein. Ein solches Bedürfnis könnte befriedigt werden, indem in Abwandlung eines Vorschlags von André Gorz (1977; 53) die Normalarbeitszeit reduziert würde und die Möglichkeit, Überstunden zu leisten, vergrößert würde. In der Wirklichkeit kann diese Möglichkeit in den Betrieben je nach den Erfordernissen des Produktionsprozesses nur in begrenztem Maße eröffnet werden (Strümpel 1979; 79), so daß die Möglichkeit der Wahl eines Arbeitsplatzes mit geringerer Durchschnittsarbeitszeit ein erhebliches Maß von zwischenbetrieblichen Möglichkeiten der Mobilität voraussetzt. Eine Chance des Arbeitsplatzwechsels wird aber nur wahrgenommen, wenn mit dem Betriebswechsel keine Minderung der Ansprüche auf soziale Sicherheit gegenüber den Unternehmen eintritt.

Die Unterstreichung des Aspektes eines *Ausbaus der sozialen Sicherungsinstrumente* des Staates ergibt sich aus der zweiten Möglichkeit der Interpretation der Nachfragelücke durch vermehrte Spartätigkeit der Haushalte, nämlich Sparen als Versuch, individuell die soziale Sicherheit zu vergrößern.¹⁹ Die Beseitigung der Nachfragelücke erfordert dann eine Erhöhung des Netzes der sozialen Sicherheit, zunächst durch eine Vollbeschäftigungspolitik um jeden Preis, dann durch eine Politik der Aufstockung der Arbeitslosenunterstützung und schließlich durch eine egalitäre Lohn- und Gehaltspolitik, in der »Karriere«verluste, z.B. im Fall der Umschulung (Ersparnisse erlauben ein Abwarten, bis wieder ein Arbeitsplatz in der eigenen Spezialisierung verfügbar ist) nicht auftreten können.

Sobald die Realeinkommen steigen, haben Zuwächse der Einkommen geringere Zuwächse der Bedürfnisbefriedigung zur Folge. Andererseits hat ein Betriebswechsel eine geringere Einstufung bei den betrieblichen integrativen Leistungen zur Folge, insbesondere im Hinblick auf die Dauer der Betriebszugehörigkeit, die im Fall von Entlassungen wichtig ist. Die zunehmenden Schwierigkeiten, über höhere Gehaltsangebote Arbeitskräfte zum Betriebswechsel zu bewegen, dürfte u.a. auf die zunehmende Neigung der abhängig Beschäftigten, in ihre soziale Sicherheit zu investieren, zurückzuführen sein. Daß sozialer Sicherheit bei steigenden Realeinkommen eine wachsende Bedeutung innerhalb der Einkommensverwendung zukommt, wird durch die in der Krise gemachten Beobachtungen über Arbeitskräftemobilität belegt und verändert die Interpretation der Phillipskurve. In dem hier angesprochenen Theorem wird behauptet, daß zwischen Beschäftigungsniveau und Lohnniveau ein Zusammenhang bestehe.

Diesem Theorem, das unter dem Namen »loi de Rueff« schon Mitte der 20er Jahre aufgestellt worden ist und für die Zeit der Weltwirtschaftskrise empirisch widerlegt wurde²⁰, ist der SVR lange Zeit sehr zurückhaltend gegenübergestanden (JG 1967/68; Ziff. 270f.). Er hat es jedoch inzwischen zum Grundaxiom seiner Vorschläge zur Krisenüberwindung gemacht. Abgesehen davon, daß der gesamte »Beweis« des Theorems lediglich auf beobachteten Parallelentwicklungen beruht, die auch anders als in der Phillipskurve gedeutet werden können (z.B.: im Konjunkturaufschwung steigen wegen der Investitionstätigkeit der Unternehmen die Preise und die Effektivverdienste), hat Morley (1971; 89) gezeigt, daß die der Phillipskurve zugrundeliegenden Erscheinungen lediglich auf die zunehmende Immobilität der Arbeitskräfte verweisen. Inflation wird als Folge von Vollbeschäftigung nur notwendig, um Anreize für die Beschäftigten zu schaffen,

in Branchen überzuwechseln, die wegen ihrer Wachstumschancen einen steigenden Bedarf an Arbeitskräften haben. Dann läßt sich behaupten, daß ein meist wachsendes Minimum von Arbeitslosen vorhanden sein muß, damit durch den Wettbewerb der Unternehmen um Arbeitskräfte die Nominallohnsumme im Verhältnis zum Wachstum der Konsumgüterproduktion nicht überproportional wächst und so den Geldwert mindert.

Kann diese Hypothese über das Verhalten der Arbeitskräfte nachgewiesen werden, dann kann eine Differenzierung der Arbeitseinkommen und eine Absenkung der garantierten Minima, wie sie der SVR (JG 1976/77; Ziff. 71) in seiner Ablehnung von Sockelbeiträgen fordert, keineswegs Mobilität fördern, sondern nur erschweren. *Mobilität setzt dann im Gegenteil eine aktive Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften mit Verstärkung der Sockelbeträge voraus*, um den Spielraum der Unternehmen zur inegalitären Verteilung des Lohn- und Konsumtionsfonds und zur Zahlung betriebsbezogener Sonderleistungen einzuengen.

Das Argument des SVR, daß Arbeit nicht beschäftigt wird, wenn ihr Lohn über ihrer Produktivität liegt, so daß eine Einkommensdifferenzierung entsprechend der Produktivitätsunterschiede notwendig sei (SVR JG 1976/77; Ziff. 71), kann als falsch zurückgewiesen werden. Eine nachfragebedingte Umstrukturierung des Arbeitskräftepotentials vollzieht sich zunächst über Veränderungen des Gefüges der relativen Preise. Das in Preisen gemessene Grenzprodukt ist nicht vorgegeben, sondern hängt von der Nachfrage ab. Bei ausreichender Nachfrageexpansion werden in den Wachstumssektoren überdurchschnittliche Gewinne erzielt, die Lohnsteigerungen erlauben und Arbeitskräfte anlocken. Diese werden umso weniger höhere Preise für den Betriebswechsel fordern, als die »Zukunftsgüter« wie soziale Sicherheit, Sicherung erworbener Rechte (Einkommenshöhe, Arbeitsplatzsicherheit) durch den Betriebswechsel nicht gefährdet erscheinen. Es gibt dann auch nur begrenzt eine mit den Merkmalen der Arbeitskräfte verbundene Produktivität (oder wie will der SVR die Produktivität von Chemiearbeitern und Textilarbeitern anders als über die Preise der Produkte, die sie herstellen, ermitteln)²¹.

Allerdings ist denkbar, daß wegen der Zunahme unternehmensspezifischer Technologien die Produktivität einer neu eingestellten Arbeitskraft im Vergleich zu einer schon beschäftigten erheblich niedriger ist. Zu prüfen wäre, inwieweit eine an Mobilität orientierte Arbeitsmarktpolitik (deren Zielsetzung geteilt, deren Durchsetzung mit den vom SVR vorgeschlagenen

Mitteln aber abgelehnt wird – nicht so sehr weil diese zulasten bestimmter Gruppen von Arbeitnehmern gehen, sondern weil sie konterproduktiv sind, nämlich Folgen haben, die Mobilität einschränken) neue Formen der Technologieförderung und eine Verbesserung der Anreize für technische Kader, Unternehmen zu wechseln, erfordert. Dies wäre zumindest ein Ansatz, um die zunehmend duale Struktur des Arbeitsmarkts (qualifizierte Arbeitskräfte, die aufgrund betriebspezifischer Technologie mit hohen Anlernkosten an Betriebe gebunden sind und relativ hohe Löhne erzielen – unqualifizierte Arbeiter mit hoher Mobilität und niedrigen Einkommen) abzumildern.

Freizeit und soziale Sicherheit sind allerdings nicht notwendig die einzigen derzeit nicht befriedigten und nicht am Markt direkt artikulierbaren Bedürfnisse der Bevölkerung. Denkbar ist auch, daß dauerhafte Konsumgüter nicht gekauft werden, weil ihr Anschaffungspreis zu hoch ist im Verhältnis zu den Kassenhaltungsstrategien der Haushalte oder weil ihr Konsum komplementäre Anschaffungen erfordert. So orientieren sich in den USA Verbraucher bei ihren Käufen im allgemeinen nur an den während der nächsten drei Jahren zu erzielenden Einkommen. In der Bundesrepublik könnte dies außer für den Fall des Hausbaus ähnlich gelten. Ob teure Produkte des gehobenen Konsums z.B. teure Reisen, kompliziertere Stereo- oder Fernsehanlagen u.ä.m. wegen dieser Strategie nicht konsumiert werden, wäre zu überprüfen.

G. Scherhorn hat in seinem Minderheitenvotum (SVR JG 1977/78; Ziff. 482) auf den Zusammenhang zwischen Freizeit und Konsumneigung verwiesen. Als sicher kann auch angenommen werden, daß ein erheblicher Teil des erreichten Realeinkommens allein deshalb nicht konsumierbar ist, weil die Wohnverhältnisse dies nicht zulassen. 1968 hatten 69 % aller Wohnungen maximal 4 Wohnräume, 1977 65,6 % (Stat. Jb. 1975; 259, 1977; 220). 5,9 Mio. Haushalten mit 4 und mehr Personen standen 4,1 Mio. Wohnungen mit 6 und mehr Räumen gegenüber. Noch 1974 hatten 67061 geförderte Wohnungen eine durchschnittliche Fläche von 69 m². Wer keinen Heimbüglar stellen kann, wird ihn nicht kaufen und sich weiterhin mit anderen Methoden abmühen. In der Bundesrepublik hatten 1977 nur 53 % der Haushalte Kühlschränke mit Gefrierfächern oder Gefrierschränke/-truhen, in Schweden 90 % und in den USA 145 % (Vision, Nov. 1978, p. 63).

Über den Markt kann wiederum die *Wohnsituation* nicht verbessert werden, weil die langfristig monatlich anfallenden Mieten zu hoch erscheinen

für den befürchteten Fall einer Verminderung der Familieneinkommen, also auch nicht gewählt werden, selbst wenn das derzeitige Einkommen ausreichen würde. Zur Illustration folgendes Beispiel: Eine Familie lebt in einer günstigen, aber zu kleinen Wohnung um 400,- DM Monatsmiete. Sie kann ihr Bedürfnis nach Vergrößerung des Wohnraums auf zwei Weisen befriedigen: Sie kauft jährlich in Höhe von 2400 DM die neuesten Modelle der Möbelindustrie, um die Wohnung im Tagesablauf am besten nutzen zu können (Schrankbetten, multifunktionale Sessel etc.), oder sie mietet eine größere Wohnung, in der sie darüber hinaus neue dauerhafte Konsumgüter nutzen kann. Im Fall einer Einkommensverminderung in drei Jahren kann sie, bleibt sie in der kleinen Wohnung, diesen Verlust durch Verzicht auf Neuanschaffungen ausgleichen, nicht im Fall des Umzugs in eine größere.

Die Wohnung ist ein Beispiel. Es kann durchaus andere geben, wo Bedürfnisse nach dauerhaften Konsumgütern nicht befriedigt werden, weil trotz der Fähigkeit, sie langfristig bezahlen zu können, wegen des Erwartungshorizonts der Haushalte die Finanzierung eine zu langfristige Festlegung bedeuten würde. Dieser Finanzierungshorizont kann zwar durch eine Erhöhung der sozialen Sicherheit erweitert werden, doch ist die soziale Sicherheit nicht der einzige Bestimmungsgrund des Finanzierungshorizonts (z.B. auch die voraussehbare Einkommensentwicklung).

Lassen sich solche Bedürfnisse nachweisen, so wäre an eine staatliche Investitionslenkung zu denken, die Kapazitäten für diese Produkte aufbaut oder private Investitionen in diesen Bereichen fördert und ihren Absatz durch Subventionen oder durch Formen der Risikoabsicherung gewährleistet, z.B. Versicherungen, die im Fall der Einkommensverminderung die Finanzierung übernehmen (wie dies bekanntlich bei Bausparverträgen möglich ist), oder eine großzügigere Handhabung des Wohngeldes für all jene, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Zu fragen ist allerdings, ob nicht zur Erhöhung des Verbrauchs dauerhafter Konsumgüter Formen des kollektiven Konsums zu nutzen sind. Dabei wäre möglich, daß eine bessere Artikulation der Bedürfnisse erreicht würde, wenn der Staat sich darauf beschränkt, durch Investitionsförderung dauerhafte Konsumgüter zu subventionierten Preisen für Benutzergemeinschaften verfügbar zu machen, um Anreize für Formen dezentralisierter Partizipation zu schaffen.

Den skizzierten Überlegungen über Formen des Konsums bei wachsenden Realeinkommen und hohem Stand der Produktivkräfte gebührt Vorrang gegenüber einer Anhebung des Konsums durch Einkommensumverteilung, wie sie etwa von Schui und den 42 Wirtschaftswissenschaftlern vorgebracht wurde (Memorandum 1975). Ohne bestreiten zu wollen, daß vor allem kurzfristig von einer Anhebung der geringsten Einkommen eine Senkung der Sparquote zu erwarten ist, falls die höheren Einkommen auf Dauer zugesichert werden, ist zweifelhaft, ob mittelfristig eine Beschneidung der Einkommen der im Produktionsprozeß Stehenden zugunsten der unproduktiven möglich ist. Ist dies nicht der Fall, dauert das Problem der hohen Sparquote fort.

Ein Aspekt, der die Universität betrifft, sollte nicht unerwähnt bleiben. Neben der Erhöhung der niedrigsten Einkommen, wozu auch Studenten gehören, könnte an eine Ausweitung des Bildungsangebots, d.h. an eine Verminderung der in der Warenproduktion geleisteten Arbeit zugunsten von Bildung gedacht werden, wobei *Bildung, die im späteren Produktionsprozeß nicht verwendet wird, Konsumtion ist*. Sollte sich die Universität daran beteiligen, dann stellt sich die Frage, wie die von ihr Unterrichteten in den Produktionsprozeß eingegliedert werden. Die Hochschule, die ein Programm zum gleichzeitigen Erwerb eines Meisterbriefs und eines akademischen Abschlusses vorlegt, wird einen wichtigen Beitrag zum Hinüberwachsen des Kapitalismus aus einem an knappen Ressourcen und Produkten orientierten System in ein an Bedürfnissen orientiertes Reich der Freiheit geleistet haben, da immer mehr nicht die Ressourcen, sondern die Konsumtionskapazitäten fehlen.

6. Außenwirtschaftliche Aspekte

Einer Argumentation mit der Kernthese, daß Rentabilität selbst im Fall sinkender »Kapitalproduktivität« ausschließlich von der effektiven Nachfrage abhängt, wird entgegengehalten werden, daß die damit implizierte Steigerung der Arbeitskosten die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt gefährde.

Historisch hat sich der westdeutsche Nachkriegskapitalismus auf der Grundlage niedriger Arbeitskosten und einer unterbewerteten DM entwickelt. Das Schema der Beziehungen zwischen Rentabilität und Nachfrage muß bei außenwirtschaftlichen Beziehungen erweitert werden. Ein

Niedriglohnland kann Akkumulationsfortschritte über ungleichen Tausch zu seinen Lasten erreichen, ein Hochlohnland »profitiert« über Terms-of-Trade Gewinne, hat aber Wachstumsverluste. Volkswirtschaften mit hohem Konsumtionsniveau und hohen Preisen befriedigen ihren Konsum mit Importen statt durch eine Ausweitung der Akkumulation. Die Folge ist, daß Länder mit relativ hoher Entwicklung der Arbeitsproduktivität *ohne* zum Wirtschaftswachstum parallele Erweiterung ihres Binnenmarkts (und damit ohne Steigerung ihrer Lohnkosten) aufholen können, sofern andere Länder Handelsbilanzdefizite hinnehmen. Die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik haben dieser bis Ende der 60er Jahre auf diese Weise ermöglicht – auch übrigens durch Direktinvestitionen, die zur Modernisierung des deutschen Produktionsapparates beitrugen – innerhalb der OECD überdurchschnittliche Wachstumsraten zu erreichen. Diese im Kapitalismus angelegte egalisierende Tendenz, die voraussetzt, daß der Entwicklungsrückstand des Aufholenden nicht zu groß ist, um die Übernahme und Entwicklung neuer Technologie im Lande zu verhindern, erfordert die Bereitschaft anderer, meist fortgeschrittenerer Länder, Wachstumsimpulse abzugeben.

Die Markterweiterung aufgrund der Nachfrageexpansion ohne vergleichbare eigene Akkumulation in den westlichen Partnerländern der Bundesrepublik brach durch das Ende der Konvertibilität des Dollars und die Verschiebungen in der Konkurrenzfähigkeit der Partnerländer in der EG zu Beginn der 70er Jahre zusammen. Auch wenn sich die Bundesrepublik auf Waren spezialisiert hat, bei deren Absatz der Preis gegenüber anderen Eigenschaften, wie technischer Modernität, Einhaltung von Lieferfristen u.ä.m., weniger wichtig ist und deren Nachfrage schneller wächst als der Welthandel (weil es sich um Investitionsgüter handelt), zeigt der Aufwertungssatz der DM von über 20 % gegenüber den wichtigsten westlichen Währungen inzwischen Folgen (Krumper/Gattinger/Russ 1978; 19). *Auch eine Begrenzung der deutschen Inflationsrate durch Lohnverzicht wird wegen der bei anhaltenden Zahlungsbilanzüberschüssen zwangsläufigen Aufwertung der DM nicht die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig fördern können*. Diese Verschiebung bedeutet, daß die Bundesrepublik nicht mehr auf Dauer vom Export das Anspringen des Wachstums erwarten kann, sondern über eine Expansion der eigenen Binnennachfrage Wachstumsimpulse an die übrigen kapitalistischen Industrieländer abgeben muß. Sie wird dies umso weniger müssen, als die anderen Industrieländer mit ihr eine konzentrierte Ausweitung ihrer Binnenmärkte verfolgen. Da die deutsche Öffent-

lichkeit während der Weimarer Republik (zur Bezahlung der Reparationen), während des Nationalsozialismus (zur Vorbereitung des Kriegs) und in den ersten beiden Jahrzehnten der Bundesrepublik den wirtschaftlichen Erfolg in der Erwirtschaftung von Handelsbilanzüberschüssen sah, ist die Vorstellung, daß die führende Stellung der Bundesrepublik in der Weltwirtschaft die Abgabe von Wachstumsimpulsen durch Hinnahme von Leistungsbilanzdefiziten erfordert, politisch schwer durchsetzbar. Eine Politik des permanenten Leistungsbilanzüberschusses kann jedoch letztlich nur das Wachstum der wichtigsten Partner der Bundesrepublik behindern und die Gesamtnachfrage für die deutsche Wirtschaft mittelfristig vermindern.

Selbst wenn alle kapitalistischen Industrieländer eine gleichgerichtete Ausweitung der Binnennachfrage verfolgen, werden sich aber Probleme ergeben. Im Verhältnis zur Dritten Welt wächst wegen der Übertragbarkeit zwar arbeitsintensiver, aber doch moderner Technologie der Vorsprung der kapitalistischen Länder in vielen Teilen der verarbeitenden Industrie langsamer als ihr Vorsprung bei den Reallöhnen. Diese Zweige werden ausgelagert. Da sie in der Dritten Welt mit geringeren Kosten arbeiten, wird der Ausfall an Arbeitseinkommen in der Bundesrepublik höher sein als die Zunahme der Arbeitseinkommen in der Dritten Welt. Die Unternehmen investieren in der Dritten Welt v.a., weil dort die Produktionskosten niedriger sind. Beim Produktionsprozeß werden also zusammen weniger Kosten für Vorprodukte, Investitionen und Arbeit ausgegeben. Diese Investitionen haben damit die gleiche Folge wie Rationalisierungsinvestitionen: Sie vermindern die kaufkräftige Nachfrage. *Eine Aufrechterhaltung der effektiven Gesamtnachfrage setzt nach dem ersten Investitionsschub in der Dritten Welt voraus, daß die Realeinkommen in den Industrieländern genau um die Verbesserung der Terms of Trade zwischen dem Rest ihrer Wirtschaft und dem ausgelagerten Teil erhöht werden.* Dies muß in einer Periode durchgesetzt werden, in der durch Arbeitsplatzverluste die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften abnimmt, in der Presse und Wissenschaft unter Vernachlässigung des Problems der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nur die Frage der Kosten unterstreichen. Wenn erkannt wird, daß marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen eine expandierende Massennachfrage erfordern, dann werden die Gewerkschaften nicht um die Frage einer über die kapitalistischen Industrieländer hinausgehenden Koordination herkommen.

Solange die Produktivitätssteigerung der Industrieländer größer war als ihr Lohnvorsprung minus Transportkosten, war die Koexistenz von Gesellschaften mit zentralem Kapitalismus (Wachstum über steigende Massen-

nachfrage in diesen Ländern) und peripherem Kapitalismus (keine Reallohnsteigerungen parallel zur Arbeitsproduktivität, Wachstum über den äußeren Markt) für die Industrieländer nicht problematisch. Sobald sich das Verhältnis zwischen Produktivitäts- und Lohnunterschieden in für die Beschäftigung entscheidenden Branchen umkehrt, stellt sich die Frage, wie die in der Dritten Welt steigende Produktivität der Arbeit in steigende Realeinkommen umgewandelt werden kann. Die zwei Hauptaspekte der neuen Weltwirtschaftsordnung stehen zu dieser Forderung in einem komplexen Verhältnis.

Die Auslagerung von Teilen der verarbeitenden Industrie in die Dritte Welt wird dort die Arbeitsmarktstrukturen nicht verändern. Sie führt, sofern mit komplizierter Technologie betrieben, zu kleinen Inseln von Fortschritt, in denen sich eine im Verhältnis zu den kapitalistischen Industrieländern schlecht, im Verhältnis zu den Entwicklungsländern gut bezahlte Arbeiterschaft bildet. Selbst wenn, was nicht auszuschließen ist, die Zunahme der Produktion in der Dritten Welt die Unternehmen veranlaßt, arbeitsintensive Verfahren zu entwickeln, können die Direktinvestitionen aus dem Ausland nicht die gesamte Arbeitslosigkeit beseitigen. Die schon erkennbare Folge ist die Beschäftigung sehr billiger, gering qualifizierter Arbeitskräfte, die wiederum nur über eine sehr geringe Kaufkraft verfügen. Anstöße zur Orientierung auf einen Binnenmarkt, der durch Masseneinkommen gebildet würde, sind klein. Angesichts des Interesses der Unternehmer an dieser Form einer neuen internationalen Spezialisierung und des Nachdrucks, mit dem fast alle Länder der Dritten Welt die Forderung nach Öffnung der Märkte vortragen, werden die Gewerkschaften sich schwerlich dieser Entwicklung widersetzen können. Daß dies durch Wechselkursveränderungen aufgefangen werden könnte, ist falsch: Die effektive Nachfrage kann durch einen Wettlauf der Wechselkursabwertung nicht erhöht werden, wie die 30er Jahre gezeigt haben.²²

Die Vorstellungen des Gegengutachtens (Alternativen der Wirtschaftspolitik 1978; 133/159), zur Bremsung dieses weltweiten Rückgangs von Kaufkraft sind wenig realistisch. Eine Kapitalexportkontrolle macht die von der Auslagerung bedrohten Branchen der westdeutschen Industrie nicht konkurrenzfähiger. Kapitalexportsteuern sind leicht innerhalb international operierender Unternehmen zu unterlaufen (z.B. durch konzerninterne Verrechnungspreise für Güter, aber auch für Know how). Zudem wird nur ein kleiner Teil der Kosten des Aufbaus von Produktionsanlagen im Ausland

durch Kapitalüberweisungen aus dem Heimatland der Mutterkonzerne finanziert (etwa 20 %).

Die Forderung nach gleichen Arbeitsbedingungen wie in den »anderen Werken« der Unternehmen (ebenda; 160) wird den denkbaren und wünschenswerten Prozeß der Entwicklung von arbeitsintensiven Technologien in den Entwicklungsländern stoppen (da der Produktionsfaktor Arbeit so teuer wäre wie in der Bundesrepublik). Da die Unternehmen, die in der Dritten Welt investieren im allgemeinen eine hohe Risikoprämie einkalkulieren, würden durch den Wegfall von deutschen Investitionsschutzbestimmungen die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in den unterentwickelten Ländern eingeschränkt. Dies könnte jedoch nicht die Konkurrenz von Billigprodukten aus der Dritten Welt behindern, es sei denn die Bundesrepublik ergriffe drastische protektionistische Maßnahmen.

Ob im übrigen die Forderung nach Eingliederung in die Entwicklungspläne der Dritten Welt einen Vorteil bringt, ist zweifelhaft. Länder mit an Massenbedürfnissen orientierten Entwicklungsplänen verfügen schon lange über die Instrumente, eine solche Eingliederung sicherzustellen, und wissen, daß die Zusammenarbeit mit dem Auslandskapital voraussetzt, daß dessen »Verwertungsinteressen« akzeptiert werden. Die Respektierung anderer Entwicklungspläne muß nicht notwendig positiv für die Bevölkerung sein.

Entscheidend ist vielmehr, daß über Strukturveränderungen in der Dritten Welt Massenbedürfnisse zu Massennachfrage werden. Dazu ist eine Umverteilung der Einkommen durch eine Agrarreform und die Steigerung der Agrarproduktion notwendig. Steigen die Einkommen in der Landwirtschaft, entsteht ein Binnenmarkt, z.T. für industrielle Produkte, aber v.a. – angesichts des niedrigen Versorgungsstands der Masse der Bevölkerung – für Agrarprodukte, die wegen der geringen Deviseneinnahmen der meisten Länder der Dritten Welt im Lande produziert werden müssen. Dies erfordert sehr kapitalintensive Anfangsinvestitionen mit einem Kapitalkoeffizienten von 20 bis 30.²³ Die Verfügung über Differentialrenten aus dem Rohstoffexport und deren Investierung in der Landwirtschaft könnte unter der Voraussetzung sozialstruktureller Veränderungen in der Dritten Welt die Grundlage für einen Prozeß der Entwicklung der Binnenmärkte und der Massennachfrage über Realeinkommenssteigerungen in den unterentwickelten Ländern legen, die auch eine weitere Anhebung der Massennachfrage in den Industrieländern erlaubt, weil die Tendenz zur Auslage-

rung von Industrien durch höhere Masseneinkommen in der Dritten Welt begrenzt wird.

Höhere Masseneinkommen in der Dritten Welt haben zur Folge, daß einerseits die Differenz zwischen Reallohnvorsprung und Produktivitätsvorsprung der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern nicht unbegrenzt wächst und daß andererseits über die größere Homogenität der Binnennachfrage in den Ländern der Dritten Welt eine Erhöhung des Beschäftigungsniveaus im Exportsektor multiplikative Wirkungen auf die Nachfrage nach im Land produzierten Produkten hat, so daß die Beschäftigung, Masseneinkommen und Produktivität auch in den binnenmarktorientierten Zweigen der Wirtschaft der Entwicklungsländer steigen.

Anmerkungen

* Überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Papiers für die Arbeitsgruppe »Wirtschaftspolitik und Politikwissenschaft« des Kongresses der DVPW, Okt. 1977. Kurzfassung unter dem Titel »Wachstumsprobleme in der Bundesrepublik«, in: Neue Gesellschaft, Aug. 1978; 631-634. Aus Platzgründen mußte auf einen Teil des Fußnotenapparates verzichtet werden.

¹ Die Übereinstimmung zwischen Neoliberalen und Marx ist amüsant. Der Sachverständigenrat (im folgenden SVR) sieht in zu hohen Löhnen eine Ursache für mangelnde Gewinne (Jahresgutachten, im folgenden JG, 1977/78; 164, vgl. auch die Kritik von Baisch et al. 1977; 166) und sieht in den durchschnittlichen Profitraten, statt in den für Neuinvestitionen möglichen Profitraten den Bestimmungsgrund für Investitionen (JG 1977/78; Ziff. 300). Ebenso Marx, MEW 24; 409, MEW 25; 263.

² Elsenhans 1976; 79-100. Der Artikel ist mit einer Reihe des Verständnis erschwerender Druckfehler erschienen: p. 80, Tabellenüberschrift: Y/K statt K/Y; p. 84, Tab. 1, Z. 4, Sp. 8: v_2 statt v_1 , ebenso p. 87, Tab. 4, Z. 4, Sp. 8; p. 86, 1. Abs., 3. Z.: Veränderung statt Verminderung; p. 87, Tab. 4, Z. 1, Sp. 8: v_1 statt v_2 ; p. 88, Tab. 5, Z. 2, muß heißen: (2) Periode B 750 150 64,3 135,7 135,7 350 814,3 16,6; p. 88, Tab. 5, Z. 3, Sp. 8: $K_2 = C_2 + c_2$ statt $C_1 + v_1$; p. 88, Tab. 5, Z. 3, Sp. 9: P_2 statt P_1 ; p. 88, Tab. 5, Z. 4 muß heißen: (4) Periode B 1500 300 128,6 271,4 271,4 700 1628,6 16,6; p. 92, Systematischer Rechenfehler (für KB Wert des Bruttoanlagevermögens aus Tab. 5, p. 88 statt $KB = CB + VB$ verwendet), ohne daß sich an der theoretischen Aussage etwas ändert. Die Rechnung lautet:

»Das eingesetzte Gesamtkapital K stieg zwischen den Produktionsperioden A und B von 900 auf $2250 + VB$, wobei VB unbekannt ist. Die Arbeitsproduktivität stieg lediglich um 100 % und damit das Nettoprodukt ($v + m$ ohne Abschreibungen) von 300 auf 600. $KA/YA = 900 : 300 = 3$, $KB/YB = (2250 + VB) : 600$.

$$VB = KB \left(\frac{YB}{KB} - \pi \right) = YB - \pi KB =$$

$$YB - \pi (CB + VB) = 600 - 2250 \cdot \frac{1}{6} - \frac{1}{6} VB$$

$$\frac{7}{6} VB = 600 - 375; VB = 192,85$$

P. 97, Ungleichheitszeichen vor $\log g_K$ wurde ausgelassen:
Lies:

$$\log \left((1 + g_Y) \cdot \frac{Y}{K} \cdot g_K \right) > \log g_K$$

P. 112, Tab. 9, Überschrift Sp. 5: »Kapazitätseffekt der Bruttoneuinvestitionen« statt »Bruttoneuinvestitionen«.

Zur gleichen Schlußfolgerung, nämlich daß die marginale Kapitalkoeffizient steigt, wenn die Löhne nicht ausreichend stiegen, kommt inzwischen Joan Robinson 1978; 18.

³ Dieser Gedanke läßt sich übrigens auch bei Marx nachweisen, vgl. dazu Elsenhans 1978; 26.

⁴ In Anlehnung an Bortkiewicz 1907; 458 f., und Okishio (1961) 1974; 181 ff., läßt sich allein ausgehend von den Definitionen von Marx zeigen, daß die Behauptung, die organische Zusammensetzung des Kapitals könne so rasch steigen, daß bei einer beliebig hohen Ausbeutungsrate die Profitrate sinken müsse, falsch ist. Weil keine Innovation ohne Senkung der Stückkosten vorgenommen werden kann, folgt aus

$$\frac{CI + VI + PI}{OI} > \frac{CII + VII + PII}{OII}$$

$$\frac{PII}{PI} > \frac{CII + VII}{CI + VI}$$

Marx behauptete das genaue Gegenteil. Der Abdruck des Beweises ist in Leviathan 1979/4 geplant.

Der von Hoffmann/Semmler 1976; 347 f., und Altwater/Hoffmann/Semmler 1979; 92 ff. behauptete wachsende Anteil der Investitionsgüterproduktion an der industriellen Warenproduktion ist irreführend und außerdem als Beweis für die steigende organische Zusammensetzung des Kapitals statistisch unsauber. So sei der Anteil der Investitionsgüterindustrie an der industriellen Wertschöpfung von 1950 bis 1970 von 27,5 % auf 36,2 % gestiegen: Aber er betrug nach den von den Autoren benutzten Statistiken (Krengel et al.) schon 1951 29 % und 1960 33 %, d.h. die Steigerung erfolgte vor allem in den 50er Jahren. Im Fall der Ausweitung des Sektors, der ja auch Investitionsgüter benötigt, kann im übrigen auf eine Zunahme der organischen Zusammensetzung des Kapitals nur geschlossen werden, wenn auch die Wertschöpfung dieses Sektors (und angesichts der zunehmenden Kapitalintensität in der Landwirtschaft, die Investitionsgüterproduktion für die Landwirtschaft) mitanalysiert werden. Zudem behaupten die Autoren sehr vorschnell, daß der erhöhte Anteil der Investitionsgüterbranchen an der industriellen Wertschöpfung nicht auf den Export zurückzuführen sei. Der Anteil der Investitionsgüter am Industriewarenexport sei nur von 53 % 1960 auf 58 % 1970 gestiegen. Die Exportquote der deutschen Wirtschaft hat sich aber gleichzeitig erhöht! (1960 20,7, 1970 23,6 %). 53 % von 20,7 % sind 11,0 % des Bruttosozialprodukts und 21,6 % der gewerblichen Warenproduktion (Anteil am BSP 90,7 %, SVR 1976/77; 234), 58 % von 23,1 % sind 13,4 % des BSP und bei einem Anteil der gewerblichen Produktion (jeweils ohne Baugewerbe) von 46,46 % am Bruttosozialprodukt 28,8 % der gewerblichen Produktion. D.h. 1960 wurden 21,6 % der gewerblichen Warenproduktion, die zu 33 % aus Investitionsgütern bestand, als Investitionsgüter exportiert, 11,4 % wurden als Investitionsgüter an die deutsche Industrie geliefert. 1970 wurden 28,8 % der gewerblichen Warenproduktion als Investitionsgüter exportiert, 7,4 % blieben als Investitionsgüter im Lande; und so stieg die organische Zusammensetzung des Kapitals! Bleibt anzumerken, daß natürlich für die Analyse der organischen Zusammensetzung des Kapitals der Import an Investitionsgütern zu analysieren und die Ausgangszahlen unserer Autoren nach einschlägigen Erfahrungen zu überprüfen wären.

⁵ Ist die Profitmasse identisch mit dem von Unternehmern eingeschätzten Investitionsbedarf, dann ergibt sich, daß der mittelfristige Kostpreis der Waren (vernutztes und zur Befriedigung der zusätzlichen Nachfrage benötigtes Kapital + Arbeitskosten) identisch ist mit dem Produktionspreis (vernutztes Kapital + Arbeitskosten + Profit).

⁶ »Memorandum«. Alternativen der Wirtschaftspolitik 1978. Das Gutachten argumentiert in Bezug auf die Löhne keynesianistisch, in Bezug auf die Krisenanalyse schlägt aber der Glaube an die Krise des Profitsystems durch, vgl. 78, 89, 93, dort angelehnt an das Theorem des tendenziellen Falls der Profitrate.

⁷ Tatsächlich erklären Altwater/Hoffmann/Semmler 1978; 374 f., den Boom als übermäßige Kapitalakkumulation, in deren Folge Geld knapp wird und durch Steigerung des Zinses über die Rate der erwarteten Profite (die durch die Erschöpfung des die Arbeitsproduktivität hebenden technischen Fortschritts sinkt). Genau diese Erklärung bringt z.B. neben vielen anderen Hayek 1941. Altwaters krisentheoretischer Beitrag erscheint so v.a. als Übersetzung ohne Quellenangabe ordoliberaler Krisentheorie in marxistische Begriffe.

⁸ Uhlmann 1978; 4, zeigt, daß in der Bundesrepublik wegen fehlender Nachfrage Wachstumschancen, die durch das Wachstum der Produktivität gegeben waren, nicht genutzt wurden.

⁹ Für den gesamten gewerblichen Bereich sank im übrigen der Kapitalkoeffizient von 1975 2,3 auf 1976 2,2 (1974 2,1), Stat. Jb. 1977; 513. Im übrigen sind Kapitalproduktivitätsrechnungen auf der Grundlage von Kapitalkoeffizienten, wie sie Semmler 1977; 267 ff., und Altwater/Hoffmann/Semmler/Schoeller 1974; 70 ff., durchführen, schon deshalb unsinnig, weil die als

Kapital in den Bruch $\frac{Y}{K}$ eingehende Wertmenge »brachliegendes« und nicht entwertetes Kapital enthält. Die marginale Kapitalproduktivität, die gemessen werden muß, um Investitionsverhalten zu bestimmen, wird mit solchen Größen nicht erfaßt.

¹⁰ Zahlen nach: Anlageinvestitionen 1972-1974. Eurostat. Brüssel 1976. Nimmt man dieselben Größen, auf die sich Eurostat stützt (Kohlebergbau, Erdöl- und Erdgasgewinnung), dann betrugen in der Bundesrepublik die Energieinvestitionen 1974 23,7 Mrd. DM, 1975 21,8 Mrd. DM. Stat. Jb. 1977; 160, 196. Vgl. auch Kmuche 1979; 7.

¹¹ Bruttoinvestitionen der Unternehmen, berechnet auf der Grundlage einer Steigerung der Investitionen für 1974 um 7,5 % gegenüber 1973, nach: Stat. Jb. 1976; 527, 1977; 513.

¹² Zumindest, wenn durch die Erhöhung des Kapitalkoeffizienten die gesamtwirtschaftliche Nachfrage steigen soll. Zwar ist auch im Rahmen von Rationalisierungsinvestitionen eine Steigerung des Kapitalkoeffizienten denkbar, die dadurch in anderen Sektoren erzeugte zusätzliche Nachfrage nach Investitionsgütern ist aber kleiner, als die durch Verminderung der Beschäftigten in der zu schwerer Technologie übergehenden Branche verursachten Kaufkraftverluste.

¹³ Mattick, in: Mattick u.a. 1974; 135: »Es hat den Anschein, als ob die staatlich induzierte Produktion den Gesamtprofit vergrößert hätte. Aber in Wirklichkeit ist nur der auf dem Markt realisierte Mehrwert frisch produzierter Mehrwert, während der durch Staatsankäufe realisierte Mehrwert sich auf einen in der Vergangenheit in Geldkapital vergegenständlichten Mehrwert bezieht.« Schön an diesem Zitat ist die in den Neoliberalen und einigen Neomarxisten gemeinsame Geldillusion. Sind denn für die Staatsnachfrage vorher Güter produziert worden, die sozusagen auf Lager liegen? Wenn sie nicht produziert wurden, wie ist dann Mehrwert und Wert entstanden? Ist die Arbeitslosigkeit dann wertbildend? Vgl. auch Semmler 1977; 299. Altwater/Semmler 1979; 65. Hirsch 1978; 36, die Cogoy's These übernehmen.

¹⁴ Jahr

	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Kosten der Produktion einer Menge x	30	30	30	30	30	30	30	30	30	30 = 300
bei Einführung von B										
Kosten der Produktion einer Menge x	40	40	40	40	40	25	25	25	25	25 = 325
bei Beibehaltung von A und späterer Einführung von C										

Dieses Beispiel wird etwas günstiger für die Innovation, wenn die Kosten mit dem Zins für Kapital bewertet werden.

¹⁵ Wachstum des Bruttoanlagevermögens 1962-1973: Industriedurchschnitt 82,3 %, Fahrzeugbau 136,6 %, Elektrotechnische Industrie 115,2 %, Krengel et. a. 1974; 36.

¹⁶ 1975, Positionen 29-34, 38 und 52 der Einnahmen und Ausgaben ausgewählter Haushalte je Haushalt und Monat (Stat. Jb. 1976; 491, 1977; 421, 1978; 436 f.).

¹⁷ Abgeschätzt auf folgende Weise: Anteil der dauerhaften Konsumgüter an der privaten Nachfrage entsprechend dem Haushaltstyp 2 des Statistischen Bundesamts. Privater Ver-

- brauch 1977: 665,1 Mrd. DM, davon 21,7 %, 144,3 Mrd. DM, Halbierung 72,2 Mrd. DM. Arbeitslosenunterstützung Höchstsatz 1976 320,- DM pro Woche oder DM 16640,- pro Jahr: $72,2 \times 10^9 : 16640 = 4,3 \times 10^6$.
- ¹⁸ Stat. Jb., verschiedene Ausgaben, letzte Jahre 1977; 420 f; 1978, 436 f. Bedau 1979; 203-205.
- ¹⁹ Die vom SVR behauptete Präferenz für Zukunftsgüter verweist auf Widersprüche zwischen mikroökonomischen Entscheidungsvariablen und makroökonomischen Beziehungen. Tatsächlich ist die Präferenz für Zukunftsgüter lediglich ein Nachfrageausfall. In jeder Wirtschaft können Investitionsgüter und Konsumgüter nachgefragt werden. Investitionsgüter erlauben zwar eine Steigerung der Produktivität in der Zukunft, werden aber heute nachgefragt, sind ein Gegenwartsgut, dessen Nachfrage von den bekanntlich relativ kurzfristigen Absatzerwartungen der Unternehmen bestimmt wird. Sparen, z.B. für soziale Sicherheit ist zunächst Nichtkonsum.
- ²⁰ Vgl. zum Gesetz von Rueff, Rueff, in: *Revue Politique et Parlementaire* 10.12.1925, zit. nach REI, Dez. 1932, p. 589; Noyelle 1931, p. 252/266, wies schon die fehlende empirische Absicherung nach; Pouzin 1935, p. 252, die Widerlegung am Beispiel der britischen Entwicklung 1934. Neuformulierung des Gesetzes als Phillips-Kurve, durch Phillips 1958, p. 283-299 und Lipsey 1960, p. 14.
- ²¹ Die Absurditäten, in die man gerät, wenn man Produktivität zwischen unterschiedlichen Produktionsprozessen mit unterschiedlichen Produkten über die Erlöse, also eine über Preise ermittelte Größe berechnet, belegt folgendes zugegebenermaßen extreme Beispiel: Unternehmen sehen im Gewinn einen vom Management erwirtschafteten Wertzuwachs und ermitteln dann eine jährliche Produktion pro leitenden Angestellten von knapp einer Mio. DM. Die Ausbeutungsrate für diese Manager ist dann 250 %. Zahlenbeispiel bei *Industriemagazin*, Dez. 1978, Report Fliegen 1978; 49. Die Struktur dieser Argumentation ist übrigens gleich der »marxistischen« Argumentation von Bettelheim 1969; 327 ff., über die höhere Produktivität der Industriearbeiter in den Industrieländern im Vergleich zur Arbeit in den Entwicklungsländern.
- ²² Elsenhans 1979c; 117, 1979b; 20. Unbewiesen und durch alle empirischen Untersuchungen widerlegt ist die Position von H.G. Braun 1979; 62: »Fest steht jedenfalls, daß es bis heute in keinem industrialisierenden Entwicklungsland über längere Zeiträume hinweg eine größere Diskrepanz zwischen Arbeitsproduktivität und Lohnentwicklung gegeben hat.« Genauso verschleierte Schumacher 1978; 11, das Problem, wenn er behauptet, daß bei gleichmäßiger Steigerung der Exporte und der Importe kein Arbeitsverlust auftrete, weil unter der Annahme einer Senkung der Produktionskosten die entstehende Importkapazität der verarbeitete Produkte exportierenden Drittweltländer kleiner ist als die vorherige »Wertschöpfung« der von ihnen niederkonkurrierten Betriebe in den Industrieländern.
- ²³ Zahlen in Elsenhans 1979a; i.F. In der »hohen organischen Zusammensetzung« des Kapitals in frühen Phasen der Entwicklung in der Dritten Welt und einer niedrigen OZ in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern sind wichtige Krisenelemente der Weltwirtschaft zu sehen.

Literatur

- Altwater, E./Hoffmann, J./Semmler, W./Schoeller, W.: Entwicklungstendenzen des Kapitalismus in Westdeutschland II, in: *Prokla* 16, 1974/4, p. 55-150.
- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik, Berlin 1978.
- Altwater, Elmar/Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi: Produktion und Nachfrage im Konjunktur- und Krisenzyklus, in: *WSI-Mitteilungen*, 7/1978, p. 365-381.
- Altwater, Elmar/Semmler, Willi: Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Programms alternativer Wirtschaftspolitik, in: *WSI-Mitteilungen*, 2/1979, p. 57-68.

- Baisch, H. u.a.: Die Wirtschaftskrise in der BRD. Eine Auseinandersetzung mit den Analysen des Sachverständigenrats zur Begutachtung der wirtschaftlichen Entwicklung, in: *Leviathan*, März 1977; 163-209.
- Bartholomai, Bernd: Zeitreihen für das Bauvolumen-Neuberechnung in Abstimmung mit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, in: *DIW-Vierteljahreshefte*, 4/1978, p. 315-345.
- Bedau, Klaus-Dietrich: Vermögenseinkommen der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978, in: *DIW-Wochenbericht* 19/1979, p. 199-208.
- Bettelheim, Charles: *Remarques théoriques*, in: Emmanuel, Arghiri: *L'échange inégal. Essai sur les antagonismes dans les rapports économiques internationaux*. Maspéro. Paris 1969; 297-341.
- Biervert, B./Niessen, H.J.: *Privater Verbrauch und Konjunktur. – Ergebnisse empirischer Konsumforschung*, in: *Jb. f. Nationalökonomie und Statistik* 1972; 368-382.
- Bortkiewicz, L.v.: Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System, 3. Teil., in: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 1907 (25,2), p. 445-489.
- Braun, Hans-Gert: Die Industrialisierung der Entwicklungsländer – Konkurrenz für die Industrieländer – und die deutsche Wirtschaft, in: *IFO-Schnelldienst*, 17-18/1979, p. 59-63.
- Cogoy, M.: Werttheorie und Staatsausgaben, in: Braunmühl, C.v., u.a.: *Probleme einer materialistischen Staatstheorie*, Ffm. 1973; 129-198.
- Duesenberry, James Stemble: *Income Saving and the Theory of Consumer Behaviour*. Oxford University Press. New York 1967.
- Elsenhans, Hartmut: Lohnerhöhungen; Wachstumschance für den Kapitalismus, in: *forum ds*, Heft 2, 1976, 78-133.
- ders.: Mobilität der Arbeitskraft und Akkumulation. Aspekte einer sozioökonomischen Theorie des internationalen Systems, in: Elsenhans, H.: *Migration und Wirtschaftswachstum*, Frankfurt 1978; 9-30.
- ders. (1979a): Agrarverfassung, Akkumulationsprozeß und Demokratisierung, in: Elsenhans, Hartmut: *Agrarreform in der Dritten Welt*, Frankfurt 1979, i.E.
- ders. (1979b): Für eine sozialreformerische Ausgestaltung der NIWO, in: *E & Z Mai* 1979; 19-23.
- ders. (1979c): Entwicklungsstrategien für die Dritte Welt, in: Kiersch, Gerhard/Seidelmann, Reimund: *Eurosozialismus*, Köln 1979, p. 112-122.
- Epstein, Ralph: *Industrial Profits in the United States*. NBER, New York 1934.
- Gates, R.A.: Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929 – 1933, in: Mommsen, H.: *Industrielles System und politische Entwicklung der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1974, 206-225.
- Goldscheid, Rudolf: Staatssozialismus oder Staatskapitalismus, in: Hickel, Rudolf: *Rudolf Goldscheid/Joseph Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaats*, Frankfurt 1976; 40-252.
- Gorz, André: *Ecologie et politique*. Seuil. Paris 1975.
- Hayek, Friedrich, A.: *The Pure Theory of Capital*. The University of Chicago Press. Chicago 1941.
- Hickel, Rudolf: Krisenprobleme des verschuldeten Steuerstaats. in: Hickel, Rudolf (Hrsg.): *Rudolf Goldscheid, Joseph Schumpeter: Die Finanzkrise des Steuerstaats*, Frankfurt 1976; 7-39.
- Hoffmann, Jürgen/Semmler, Willi: Ökonomische Krise, Massenarbeitslosigkeit und Globalsteuerung, in: Ebbighausen, Rolf: *Bürgerlicher Staat und politische Legitimation*, Frankfurt 1976, p. 339-379.
- Hoffmann, Walter G.: Der tertiäre Sektor im Wachstumsprozeß, in: *Jb. f. Nationalökonomie und Statistik* 1969-70, p. 1-29.
- Katzenstein, Robert: *Die Investitionen und ihre Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Berlin (West) 1967.
- Krengel, u.a.: Produktionsvolumen und -potential, Produktionsfaktoren der Industrie im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland. Statistische Kennziffern, 19. Folge. Neuberechnung 1970-1976. DIW. Berlin 1977, 125 p., und frühere Ausgaben.

- Krumper, A./Gattinger, J./Russ, H.: Dokumentation zur Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: IFO - Schnelldienst, 18-19/1978, p. 5-29.
- Lipsey, R.G.: The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom 1862 - 1957: A Further Analysis, in: *Economica*, Febr. 1960; 1-31.
- Mattick, Paul, u.a.: *Krisen und Krisentheorien*, Frankfurt 1974.
- Memorandum von Wirtschaftswissenschaftlern: »Für eine wirksame und soziale Wirtschaftspolitik«, vorgelegt am 7. Nov. 1975 in Bonn, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Nov. 1975; 1287-1291.
- Memorandum »Alternativen der Wirtschaftspolitik«. Arbeitsgruppe »Alternative Wirtschaftspolitik«, Köln 1978.
- Michels, Rudolf K.: *Cartels, Combines and Trusts in Post War Germany*. Columbia University Press. London 1928.
- Morley, S.: *The Economics of Inflation*, Hinsdale (Ill.) 1971.
- Noyelle, Henri: *Droit des chômeurs et la loi économique*, in: *Revue Economique Internationale*, Mai 1932; 236-267.
- Okishio, Nobuo: Technische Veränderungen und Profitrate, in: Nutzinger, H.G./Wolfstetter, E.: *Die Marx'sche Theorie und ihre Kritik*, Frankfurt 1974, Bd. 2, 173-191.
- Phillips, A.W.: The Relation Between Unemployment and the Rate of Change in Money Wage Rates in the United Kingdom 1861-1957, in: *Economica*, Nov. 1958; 283-299.
- Pouzin, Joseph: *L'évolution économique de la Grande-Bretagne depuis l'abandon de l'étalon-or 1931-1935*. Sirey, Paris 1935.
- Robinson, Joan: The Organic Composition of Capital, in: *Kyklos* 1978 (1), p. 5-20.
- Schelbert-Syfrig, Heidi: Phillips-Kurve und Inflationsentwicklung in der Schweiz: Ein Diskussionsbeitrag, in: *Kyklos* 1975 (2), p. 375-399.
- Schumacher, Dieter: Beschäftigungswirkungen von Importen aus Entwicklungsländern nicht dramatisieren, in: *DIW-Wochenbericht* 1/1978, p. 6-11.
- Semmler, Willi: *Zur Theorie der Reproduktion und Akkumulation*, Berlin 1977.
- Strümpel, Burkhard: Verschüttete Konsenspotentiale an der Basis, in: *Wirtschaftsdienst* 2/1979, p. 78-81.
- Uhlmann, L.: Freisetzung: Ein Denkmodell wurde Wirklichkeit, in: *IFO-Schnelldienst*, 36/1978, p. 3-10.
- Wenig, Alois: Die Verteilungsfalle, in: *Zschft. f. Nationalökonomie* 1976, p. 287-317.

Thomas Meyer

Neuere Literatur über die Theorie von Marx

Im folgenden werden einige neuere wissenschaftliche Untersuchungen über die Theorie von Marx vorgestellt. Einige von ihnen sind von Interesse, weil sie neue Einblicke vermitteln, andere wegen ihrer Repräsentativität für aktuell bedeutsame Richtungen des Marx-Verständnisses. Es wurden auch drei ältere Arbeiten in der Besprechung mit aufgenommen, zwei davon (Avineri und Böhler), weil sie einen grundlegenden Einblick in die Probleme der gegenwärtigen Marx-Rezeption ermöglichen. Die dritte (della Volpe), weil sie erst vor kurzem in deutscher Sprache zugänglich wurde.

I. Normative Grundlagen

Franz von Magnis, *Normative Voraussetzungen im Denken des jungen Marx (1843 - 1848)* Freiburg/München 1975, 429 S.

Diese Arbeit ist von grundlegendem Interesse, weil der Autor auf dem Wege einer miniziösen Interpretation einiger weniger ausgewählter Texte von Marx zeigt, welche normativen Voraussetzungen direkt und indirekt in dessen Theorie einfließen. Die Auswahl der analysierten Texte beschränkt sich nicht auf die Frühschriften, sondern umfaßt auch Arbeiten, in denen Marx' historischer Materialismus bereits in entwickelter Gestalt vorliegt.

Magnis folgt einem praktischen Erkenntnisinteresse an Marx' Theorie. Jede Theorie, die den Anspruch erhebt, die Welt zu verändern, mit ihren Ergebnissen »in die gesellschaftspolitische Praxis einzugehen ... muß die normativen Voraussetzungen, mit denen sie ein bestimmtes gesellschaftspolitisches Handeln rechtfertigt, offenlegen und damit einem rationalen Diskurs zuführen. Sonst wird sie zur Ideologie, die Wertvorstellungen in die Praxis umsetzt, die der Problematisierung entzogen sind« (21). Die beiden Hauptthesen, deren Nachweis die gesamte Arbeit gewidmet ist, sind nicht neu. M. kommt zu dem Ergebnis, daß der Kommunismus im Rahmen der Marx'schen Theorie herbeigeführt werden soll, weil er bestimmten von Marx vertretenen moralischen Wertvorstellungen entspricht und daß Marx seine Theorie auf der Grundlage von Voraussetzungen ausgearbeitet hat, die es ihm nicht gestatten, sich explizit auf diese Wertvorstellungen zu berufen.